

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

42 (21.10.1949)

BADISCHES VOLKSECHO

WOCHENBLATT DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / LANDESBEZIRK BADEN

Jahrgang 5 / Nr. 42

Freitag, 21. Oktober 1949

Preis 15 Pf.

Ein Sonntag

Werbung fürs „Volksecho“

brachte sehr beachtliche Erfolge. Wo gearbeitet wurde, wo man Mühen auf sich nahm, wo man den politischen Sinn des Werbens für die Tageszeitung der Schaffenden, das „Volksecho“ begriffen hat, ist der Lohn nicht ausgeblieben.

Aus der Fülle der erzielten Resultate greifen wir die wesentlichsten heraus:

Heidelberg	315 Abonnenten
Mhm.-Innenstadt	158 Abonnenten
Mhm.-Neckarstadt	177 Abonnenten
Mhm.-Schönau	82 Abonnenten
Rußheim	15 Abonnenten
Eberbach	51 Abonnenten
Weinheim	84 Abonnenten

Die Arbeit geht weiter! Um die Tageszeitung des Volkes herausbringen zu können und ihre Zukunft zu sichern, bedarf es weiter einer unermüdeten, zähen und aufopfernden Tätigkeit aller Genossen. Es ist zu schaffen! Die Resultate im einzelnen beweisen es. Der Erfolg ist sicher, wenn keiner erlahmt!

Stalin: „Ein Wendepunkt in der Geschichte Europas“

Botschaft Stalins an Pieck und Grotewohl — Deutschland gleichberechtigte Nation — Austausch diplomatischer Missionen zwischen Deutschland und der Sowjetunion

Die Ereignisse in der Ostzone Deutschlands vollziehen sich in raschem Tempo. Die Bildung der gesamtdeutschen Republik, die Wahl des Präsidenten Wilhelm Pieck, der Regierung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl durch Volks- und Länderkammern wurde in der ganzen Welt aufmerksam verfolgt. Die Botschaft Stalins an Wilhelm Pieck und Grotewohl hat bei den Gegnern der Einheit Deutschlands wie eine Bombe eingeschlagen. In den Hauptstädten der westlichen Welt mußte man sich zum eigenen Leidwesen sehr schnell darüber klar werden, daß es sich bei der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin nicht um einen Propagandatrick oder um eine billige Geste, sondern um einen nicht zu ignorierenden Schritt zur Herstellung der Einheit Deutschlands, seiner Souveränität und zur Sicherung des Weltfriedens handelt. Wenn es Versuche gegeben hat, die Ereignisse zu bagatellisieren, dann hat die Grußbotschaft Stalins an den Staats- und Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik sehr schnell all jenen, die diesen Versuch machten, gezeigt, daß sie dabei auf einem furchtlichen Holzwege sind. Geschichtliche Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen. So wenig, wie den USA, den Briten und Franzosen das sehr lange währende Augenverschließen gegenüber der siegreichen chinesischen Revolution genützt hat, wird ihnen eine Vogel-Strauß-Politik in Mitteleuropa zuträglich sein.

Weltbedeutung besitzen, den Westen aufhorchen lassen. Die „Parisien Libère“ meint: „Durch das einfache Gewicht der Tatsache wird sie sich (die Sowjetunion) an der Spitze der Länder des Ostblocks befinden“. Zu dem möglichen Abschluß eines Freundschaftsvertrages zwischen Moskau und der deutschen demokratischen Republik schreibt „L'Aurore“: „Ein solcher Vertrag würde der Viermächtepolitik in Deutschland den Rest geben“. — Die römische „Gazetta del Popolo“ ist der Ansicht, daß Stalin die Deutschen weit besser behandelt habe als die Westmächte, und meint, daß diese damit parieren müßten, daß sie den Bonner Separatstaat so schnell wie möglich in den Europarat aufnehmen und den Beitritt zum Atlantikpakt beschleunigen. Die Zeitung gibt damit als Rezept gerade das, was die Entwicklung um das einheitliche Deutschland im Gegensatz zu den Absichten der westlichen Alliierten gegenwärtig so sehr vorangetrieben hat.

view mit einem skandinavischen Journalisten erklärt haben, daß es noch vor Ende dieses Jahres zu einem Friedensvertrag mit der Sowjetunion kommen könne, dem sich in schneller Folge der Abzug der Besatzungstruppen anschließen werde.

Puschkin, Sowjetbotschafter in Berlin

G. N. Puschkin ist zum Chef der Sowjetmission in Berlin ernannt worden. Die Regierung der Demokratischen Deutschen Republik hat daraufhin Rudolf Appelt (SED), den bisherigen Stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung Interzonen- und Außenhandel bei der Wirtschaftskommission der Sowjetzone, zum Chef ihrer diplomatischen Mission in Moskau ernannt.

Freundschaft Polens zu Deutschland

Die lizenzierte Presse berichtet aus Polen, daß die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in Polen mit Behaglichkeit und dem Ausdruck großer Sympathie aufgenommen worden ist. Sie zitiert das Regierungsblatt „Rzeczpospolita“, in dem es heißt, daß die polnische Regierung „mit Bewunderung auf die jüngste Entwicklung in dem brüderlichen Nachbarlande

blicke“. Es gäbe kein Polen ohne Deutschland und kein Deutschland ohne Polen. Die „Tribuna Ludu“ schreibt: „Das polnische Volk besitzt seit langem tiefe brüderliche Sympathien für das deutsche werktätige Volk und begrüßt aus reinem Herzen die Gründung der großen Deutschen Demokratischen Republik!“

Der Präsident des polnischen Zentralgewerkschaftsbundes erklärte in einer Radioansprache, das deutsche Volk sei kein Feind, sondern ein natürlicher Verbündeter des polnischen Volkes, das niemals vergessen werde, daß es deutsche Antifaschisten waren, die als erste Opfer des Faschismus-Kapitalismus ihr Leben für die Freiheit Polens lassen mußten.

Anerkennung der Oder/Neiße-Linie als Friedensgrenze

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die Oder/Neiße-Linie als Friedensgrenze anerkannt. Die Presse des Westens versuchte aus Anlaß dieser Tatsache die Welle einer neuen Hetze zu entfachen. Sie hat dabei nicht viel Glück. Die Frage der Grenze zwischen Deutschland und Polen ist in die Atmosphäre freundschaftlicher Erwägungen gestellt. Den Kriegstreibern geht in dieser Situation ein vielfach erprobter Anlaß zu chauvinistischer Hetze verloren. Man stellt dies nicht ohne eine begriffliche Unruhe im Westen fest.

Nervöser Westen

Aus vielen Pressemeldungen geht hervor, daß angesichts der durch die Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik geschaffenen Situation die westlichen Alliierten doch nervös geworden sind. Die im Zusammenhang mit Westdeutschland schwebenden Fragen sind für die Westalliierten durch die Ereignisse in Ostdeutschland nicht ohne Eindruck geblieben. Ein Artikel der Pariser „Le Monde“ wird allgemein als aufsehenerregend bezeichnet. In diesem Artikel kommentiert man die Botschaft Stalins als deutsch-sowjetisches Bündnisangebot und schlußfolgert, daß die Westmächte genötigt seien, ihre Besatzungspolitik zu revidieren. „Das erst wenige Monate alte Besatzungsstatut muß durch einen Friedensvertrag ersetzt werden, der Westdeutschland gewisse wesentliche Rechte gibt“. Man gesteht bei dieser Gelegenheit ein, daß der Separatstaat Westdeutschland eigentlich keine Rechte hat.

Der Artikel von „Le Monde“ gipfelt in der Feststellung, daß die Sowjetpolitik zu mindest das Verdienst habe, ziemlich klar zu sein. Das Dilemma auf der anderen Seite wird durch die Frage ausgedrückt: „Was wollen die Westmächte und was wollen die Deutschen (!) ihr entgegenhalten?“

Was den Westimperialisten so wehe tut

Stalins Botschaft an das deutsche Volk

An den Präsidenten der Deutsche Demokratischen Republik, Herrn Wilhelm Pieck, und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Otto Grotewohl.

Gestatten Sie mir, in Ihrer Person das deutsche Volk anlässlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Wahl zum Präsidenten und zum Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu beglückwünschen.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Westimperialisten unmöglich macht.

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Möglichkeiten in Europa zur Vollbringung großer Taten von Weltbedeutung besitzen. Wenn diese beiden Völker im Kampf um den Frieden Entschlossenheit zeigen und mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte kämpfen, mit der sie den Krieg führten, dann kann man den Frieden in Europa für gesichert halten.

Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten. Wir brauchen nicht daran zu zweifeln, daß Sie, wenn Sie diesen Weg einschlagen und den Frieden festigen, große Sympathie und die aktive Unterstützung aller Völker der Welt haben werden, darunter auch des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen und italienischen Volkes, ganz zu schweigen vom friedliebenden sowjetischen Volke. Wir wünschen Ihnen Erfolg auf diesem neuen, ruhmreichen Wege.

Es lebe und gedeihe das geeinte, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

Joseph W. Stalin,

Vorsitzender des Ministerrats der Sowjetunion

Regierungskrise Frankreichs in Permanenz

Jules Moch, der französische Noske, gescheitert

Die Regierungskrise in Frankreich hält an. Jules Moch, der bisherige französische Innenminister, der auf dem äußersten rechten Flügel der französischen Sozialdemokratischen Partei steht, mit einer Stimme Mehrheit zum Ministerpräsidenten gewählt war, ist gescheitert. Er hat sein Kabinett nicht zusammen gebracht. Den Auftrag zur Regierungsbildung hat Staatspräsident Vincent Auriol an den bisherigen Außenminister Schuman übergeben.

Die Regierung Queuille hat unter dem Druck und der kampftentiven Haltung der Gewerkschaften weichen müssen. Nach der Pfund- und Francabwertung war für sie das Problem, ein Gleichgewicht zwischen Löhnen und Preisen zu schaffen, nicht zu lösen. Ebensoviele gelang ihr die Währung zu stabilisieren, das Außenhandelsdefizit und die Beendigung des Kolonialkrieges in Indochina herbei zu führen. Die Spannungen die zum Sturz der Regierung Queuille führten, bestehen jetzt bei der Bildung einer neuen Regierung in Frankreich in verstärktem Umfang weiter.

Die KPF fordert in dieser Situation mit voller Unterstützung der Gewerkschaften eine Regierung der demokratischen Union.

Daß der bisherige Innenminister Jules Moch mit der Regierungsbildung Schiffbruch erlitten hat, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß er das Kreuzfeuer, das die KPF und die große Gewerkschaftsorganisation CGT gegen ihn eröffnet hat, nicht ohne Schaden überstand.

René Mayer versucht nun

Nunmehr ist der Radikalsocialist René Mayer von dem französischen Staatspräsidenten Vincent Auriol mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Vor der Beauftragung René Mayers hatte der Staatspräsident Verhandlungen mit dem bisherigen Ministerpräsidenten Henri Queuille und den Politikern der republikanischen Volkspartei (MRP) Robert Schuman, George Bidault und François de Menton geführt, die aber alle den Auftrag zur Regierungsbildung ablehnten.

Die berühmte „dritte Kraft“ in Frankreich ist am Ende ihres Lateins angelangt. Die Angst vor der Stärke der kommunistischen Partei ist der einzige Kitt, der sie zusammenhält. Eine neue Regierung zu bilden und diese im Sattel zu halten, kann nur auf Kosten des werktätigen Volkes in Frankreich geschehen.

Am Streiflicht gesehen

Aus Dr. Hundhammers Reich

In Unterfranken Bayern wurden zwei Lehrerinnen disziplinarisch bestraft. Warum? Eine der Lehrerinnen hatte auf zweideutige Reden ihrer Schülerinnen hin geantwortet, diese in anständiger Art und Weise aufzuklären zu müssen. Mit dem Orispfarrer hatte sie sich deshalb auch besprochen. Auf Anzeige aber bei der Schulbehörde wurde sie ohne Verteidigungsmöglichkeit entlassen.

Noch toller ist der Fall der zweiten Lehrerin. Ihr wurde vorgeworfen, 14 Jahre nicht mehr in der Kirche gewesen zu sein. Sie erklärte zwar, regelmäßig das Hochamt, ausgenommen an kalten Wintertagen, weil sie als Flüchtling keinen Mantel besitze, besucht zu haben. Die Lehrerin wurde strafversetzt, trotz Fürsprache des Bürgermeisters, des Gemeindevorstandes und des Schulrates.

Der verantwortliche Oberregierungsrat Dr. Burgard, Würzburg, soll inzwischen beurlaubt worden sein. Eine Untersuchung läuft.

Wie schon einmal

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen wurde am Vorabend eine Klebekolonne der SPD von einem Stoßtrupp der Deutschen Partei überfallen. Die Polizei mußte eingreifen. Bei einem der verhafteten Terroristen wurde eine Pistole gefunden.

Ebenso versuchte ein Stoßtrupp der DP einen aus 13 Lkw.s und Pkw.s bestehenden Propagandazug der KPD zu sprengen.

Die Vorfälle bewiesen, daß es sich um organisierte Unternehmungen der Deutschen Partei handelte. In ihren Wahlversammlungen gehörte es zum guten Ton, sich als alte Nationalsozialisten, Träger des goldenen Parteiabzeichens und

als SS-Männer oder aktive Offiziere zu rühmen.

Zuspitzung der Lage auf Inseln

Der Kriegsminister der indonesischen Republik macht die Holländer für die „schnelle Verschlechterung“ der Lage in Ost-Java verantwortlich. Wenn diese „weiterhin unverändert bleiben“, sei zu befürchten, daß sich die Kampfhandlungen in Kürze auf ganz Java und Sumatra ausdehnen würden.

Ein Sprecher der indonesischen Delegation in Batavia nannte als Hauptgrund für die Spannungen in Ost-Java die Entwertung von republikanischen Einheiten in Surabaya und anderen Städten und die Verhaftung zahlreicher Republikaner durch die Holländer. Die Holländer wollen in der „alarmierenden Erklärung“ des indonesischen Kriegsministers eine Verletzung des Waffenstillstandsabkommens sehen.

Gaullistische Attentäter gegen KPD

Am Sonnabend wurden an der Riviera und in Nordfrankreich mehrere antikommunistische Attentate von bisher unbekanntem Tätern begangen. Von kommunistischer Seite werden gaullistische Stoßtrupps hierfür verantwortlich gemacht.

In Nizza wurde das kommunistische Parteibüro durch einen Bombenanschlag stark beschädigt. Durch die Explosion gingen die Fensterscheiben der umliegenden Häuser in Scherben.

In Ljevin (Pas de Calais) wurden in die Fenster der Wohnung eines kommunistischen Stadtrats geschossen. Außerdem wurde in ein kommunistisches Verkehrslokal eine Handgranate geworfen, die jedoch nicht explodierte. Der Tanzsaal des gleichen Lokals wurde in Brand gesetzt.



Kanton gefallen

„Indessen steht Mao Tse Tung vor Hongkong“

Wie wir erwartet haben, ist Kanton schneller gefallen und in den Besitz der Truppen Mao Tse Tungs gekommen, als man es im Westen ausgerechnet hat. Kanton ist gefallen und lapidar muß man feststellen, daß Mao Tse Tungs Truppen über Kanton hinausgestoßen sind und „indessen vor der britischen Kronkolonie Hongkong stehen“. Eine Pille, die zu schlucken für die Briten und ihre imperialistischen Freunde genau so bitter ist, als jene, die sie aus Anlaß des Falles Schanghai nehmen mußten.

Die sich fälschlicherweise noch nationalchinesische Regierung nennenden Vasallen Tschiang Kai-Scheks haben von Tschungking, ihrem letzten Zufluchtsort aus, den totalen Krieg in China verkündet. Wenn es nach ihrem Willen ginge, gewiß. Aber danach geht es schon lange nicht mehr.

Vor großen Rücktransporten

Wie die deutsche Presseagentur meldet, haben Rußlandheimkehrer in Helmstedt berichtet, daß in der nächsten Zeit mit der Rückkehr vieler Kriegs- und Zivilgefangener aus der Sowjet-Union gerechnet werden könne. 40 000 seien bereits auf dem Wege zu den großen Sammelagern, in denen die Heimkehrertransporte zusammengestellt werden. Ihre Aussagen stützen sich auf Beobachtungen, die sie in den Lagern Kriwoirog, Dnjeprpetrowsk und Minsk gemacht haben.

Grußtelegramm an Pietro Nenni

Frankfurt a. M. Die sozialdemokratische Aktion hat an den italienischen Sozialistenführer Pietro Nenni, sowie an linkssozialistische Gruppen anderer Länder Telegramme gesandt, in denen sie ihr Gefühl der brüderlichen Verbundenheit mit allen wahren Sozialisten der Welt ausspricht.

Landesbibliothek

Manstein - der Verbündete von morgen

Ein sozialistischer Verteidiger des Kriegsverbrechers

Schon bevor das Urteil gefällt wird, kann heute gesagt werden, daß der letzte Kriegsverbrecher-Prozeß, der vor einem britischen Militärgericht gegen den ehemaligen Generalfeldmarschall von Manstein durchgeführt wird, von der Verteidigung dazu benutzt wird, die bisherigen Kriegsverbrecher-Prozesse als unrechtmäßig hinzustellen und für nichtig erklären zu lassen.

Der Mann, der die Schuld dafür trägt, daß sich ein solches Justizverbrechen vor den Augen der Weltöffentlichkeit auf deutschem Boden überhaupt abrollen kann, ist Winston Churchill. Er hat sein im Jahre 1943 abgegebenes Versprechen, alle Kriegsverbrecher

„bis an das äußerste Ende der Welt zu verfolgen und sie ihren Anklägern auszuliefern, damit Gerechtigkeit geschehe“, gebrochen und verhindert, daß Manstein an die Sowjetunion oder Polen ausgeliefert wurde, obwohl auf der britischen Anklageverteilung festgestellt wurde, daß Manstein an der Ermordung von etwa 500 000 Sowjetbürgern, Polen und Juden und an der Rekrutierung von etwa 1 Million Zwangsarbeitern aus den Ostländern verantwortlich ist und Dutzende von Befehlen in der Art des folgenden erließ:

„Das jüdisch-bolschewistische System muß für allemal ausgerottet werden. Nie wieder darf es in unseren europäischen Lebensraum eingreifen. Der deutsche Soldat tritt als Träger einer völkischen Idee und Rächer für alle Grausamkeiten auf, die ihm und dem deutschen Volk zugefügt wurden. Für die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors, muß der Soldat Verständnis

aufbringen... Jedes Gebäude muß ohne Rücksicht auf die Bevölkerung niedergebrannt und zerstört werden... Nur rückwärtslose Maßnahmen können zum Erfolg führen. Menschliche Gefühle sind fehl am Platz.“

Um seine Absicht zu verwirklichen, den Manstein-Prozeß zur Rehabilitierung des Faschismus und zur Verhöhung der Sowjetunion und aller Antifaschisten mißbrauchen zu können, sammelte Churchill bei den englischen Kriegstreibern etwa 1600 Pfund Sterling für einen besonderen Verteidigungsfond.

Schon bei der Eröffnung des Prozesses zeigte die Verteidigung ihre wahre Absicht, als sie deutsche und ausländische Pressevertreter zu einer Pressekonferenz einlud, auf der sie nicht um Unterstützung bei der Entlastung Mansteins ersuchte — dieses Recht hätte man der Verteidigung nicht abstreiten können —, sondern auf der sie, obwohl dies mit dem Prozeß nicht das ge-

grundsätze zerstören und lassen Mr. Paget erklären:

„Wenn der britische König im Parlament die Ausrottung aller rothaarigen Menschen anordnen würde, dann wäre dies geltendes Recht... Die Souveränität muß gewahrt werden.“

In Deutschland hatte Hitler die Souveränität... Feldmarschall Montgomery hat erklärt, Soldaten müßten immer gehorchen... Es ist Angelegenheit einer Regierung, ob sich ein Befehl mit dem Völkerrecht deckt.“

Der Mord ist gerechtfertigt, auch der Mord an Millionen, wenn er nur auf Befehl geschieht. Was tut es, daß Manstein selbst Befehle erteilt? Der oberste Befehl kam von Hitler — also mag Manstein noch so viele Mordbefehle erlassen haben — er ist unschuldig. Jeder Mörder ist unschuldig, wenn er sich rechtzeitig durch einen Befehl deckt. Ilja Ehrenburg hat schon vor diesem Plädoyer den Sinn dieses teuflischen Planes enthüllt, als er in der „Prawda“ schrieb, der „Gesandte der Labour-Party und Beauftragte Churchills“, Paget, wolle der Welt beweisen, daß Manstein nicht der Feind von gestern, sondern der Verbündete von morgen sei.

Kreiskonferenz der KPD Kreis Mannheim
Sonntag, den 23. Oktober 1949, vormittags 9.30 Uhr, im Lokal „Volkshaus“, Mannheim-Neckarau, Rheinoldstraße 47-49.
Tagesordnung:
1. Referat des Genossen Willy Grimm: „Die politische Resolution zum Landesparteitag“.
2. Wahl der Parteitage delegierten.
KPD-Kreisvorstand Mannheim

ringste zu tun hatte, dazu aufforderte, ihr Beweismaterial zu liefern, aus dem hervorgehen soll, „ob und in welchem Umfange die Sowjetunion Kriegsverbrechen begangen habe und begehe“. Diesem provokatorischen Verhalten entsprechend, operierte der „sozialistische“ Verteidiger Paget weiter.

Er entschuldigte die Mordtaten Mansteins an den Juden damit, daß „die Deutschen allgemein überzeugt gewesen seien, daß die Juden als Träger des Bolschewismus eine führende Klasse dargestellt hätten... Im übrigen sei schwer zu sagen, ob der SD Juden tötete, weil sie Juden oder aber weil sie Bolschewisten waren.“

Der „Sozialist“ Paget wiederholte damit nicht nur das Goebbelsche Schlagwort vom „jüdischen Bolschewismus“, sondern er begibt damit vor allem die Ungeheuerlichkeit, den Mord an Bolschewisten als eine straffreie, ja lobenswerte Handlung erscheinen zu lassen. Er will damit den Boden dafür vorbereiten, die Kommunisten und alle fortschrittlichen Kräfte für vogelfrei erklären zu lassen und das System der Franco und Tsaldaris in Westeuropa salonfähig machen.

Churchill und seinen Hintermännern geht es aber bei diesem Prozeß noch um mehr. Die Herren, die den Ausbruch des dritten Weltkrieges nicht abwarten können, möchten durch die Ehrenrettung der Kriegsverbrecher von gestern bereits die Kriegsverbrecher von morgen retten. Deshalb wollen sie die in Nürnberg aufgestellten Rechts-

„Sozialdemokratische Aktion“

Das Bekenntnis zum kämpferischen Sozialismus

Frankfurt. (E. M.). Nach Korrespondentenberichten hat sich in Frankfurt eine oppositionelle Gruppe innerhalb der SPD zur „Sozialdemokratischen Aktion“ zusammengeschlossen. Sie trat jetzt zum erstenmal im Rahmen einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit und ruff alle Mitglieder der Sozialdemokratie auf, sich von der Verbrüderung der SPD abzuwenden und wieder zum kämpferischen Sozialismus zu bekennen.

Der frühere Oberbürgermeister von Nürnberg, Hans Ziegler, betonte vor der Presse, daß die Gruppe linkssozialistisch eingestellt sei, „denn sonst hätte Carlo Schmid ja mit am Tisch gesessen“. Die Gruppe will sich nicht von der SPD abspalten, sondern sie vielmehr verjüngen und auf den eigentlichen Weg zurückzuführen, den die Sozialdemokratie heute gehen müßte. Als grundlegende Voraussetzung einer sozialistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik fordert die Aktion in ihrem Programm einen Bund aller werktätigen Deutschen. Deutschland müsse seinen Platz nüchtern und objektiv zwischen West und Ost suchen. Wenn dies nicht geschehe, werde es nie gelingen, sich vom westlichen Monopolkapitalismus zu lösen.

Neben der Wiederherstellung der innerparteilichen Diskussion fordert die „Sozialdemokratische Aktion“, in ihrem Programm, die Wiederaufnahme aller Mitglieder, die Kontakt zu anderen sozialistischen Formationen gesucht haben. Die Diffamierung der Kommunisten müsse aufhören und eine gute Zusammenarbeit mit allen zum Sozialismus strebenden Kräften in den Gewerkschaften, Umsiedlerorganisationen, Kleinbauernverbänden und Kriegsbeschädigten- und Versehrtenbünden angestrebt werden.

Kartoffelimporte gefordert!

Der deutsche Gewerkschaftsbund hat in einem Telegramm an Bundesernährungsminister Niklas gefordert, sofort große Kartoffeleinfuhren aus Holland freizugeben und den Verbraucherzentren zuzuteilen. Die Absicht sei dabei, durch die Kartoffelimporte den jetzigen Preis für Einkellerungskartoffeln von 7,50 DM pro Zentner herabzudrücken. Der deutsche Gewerkschaftsbund erinnert dabei daran, daß versprochen worden sei, die Kartoffeleinfuhr aus Holland freizugeben, sobald der Inlanderzeugerpreis für Kartoffeln 4,50 DM übersteige.

Berlin zwischen Tür und Angel

Die trizonischen Marionetten der Hohen Kommissare sind mit den zwei Hauptstädten Bonn und Frankfurt — die eine „de jure“ und die andere „de facto“ noch nicht zufrieden und aus Prestige Gründen soll nun auch noch Berlin hinzukommen. Dazu müßte aber Berlin in die westliche Bundesrepublik hineingenommen werden. Die Besatzungsmächte haben aber Bedenken wegen einiger sich daraus eventuell ergebender Konsequenzen bezüglich Moskau und so sieht man einen Ausweg durch einen Verfassungsbuch. Berlin soll zwar im Bundesrat vollwertig vertreten sein, aber im Bundestag nur „zu Ausstellungszwecken“ sitzen!

Randbemerkungen

Das Vertrauen des Volkes

Der deutsche Bundeskanzler Dr. Adenauer wurde bekanntlich mit geringster Stimmenzahl gewählt, die nach der Verfassung überhaupt möglich ist. Eine einzige Stimme entschied darüber, ob der Auserwählte des Bundespräsidenten auch die Bestätigung des Parlaments erhalten sollte. Mit der gleichen Mehrheit von einer Stimme erhielt nach einer die ganze Nacht hindurch während der Sitzung der neue „gewesene“ Regierungschef Frankreichs, der Sozialist Moch, die Bestätigung durch die Kammer. Auf einer einzigen Stimme ruhte also in beiden Fällen das „Vertrauen des Volkes“ für diese Regierungen. Ist eine solche Vertrauensbasis an sich schon lächerlich schmal, so wird sie noch wackeliger, wenn man berücksichtigt, daß die überwältigende Mehrheit des schaffenden Volkes sowohl in Frankreich als auch in Deutschland bei den Fraktionen der Parlamente steht, die den Regierungschefs ablehnend bzw. mit Mißtrauen gegenüberstehen. Wie lang hält sich Herr Dr. Adenauer nachdem sein Kollege Moch die Balanzierstange überhaupt nicht halten könnte? Für die Situation Adenauers ist es immerhin bezeichnend, daß er schon Hilfe von jenseits der Grenzen nötig hat, denn wie ist sonst die so plötzliche Belobigung des Bundeskanzlers durch den französischen Außenminister Schuman zu erklären?

Die sparsamen Abgeordneten und die Kellner

„Daß auch viele Abgeordnete des Bundestages nicht so ganz sicher zu sein scheinen, wie lange die Herrlichkeit in Bonn dauern wird, bestätigt eine bewegliche Klage der Kellner des Restaurants im Bundestag-Gebäude. Die für 1000 Gäste eingerichteten Räumlichkeiten weisen gähnende Leere auf und die Kellner haben ihren Fall dem Ältestenrat des Parlamentes vorgetragen, weil sie von dem geringen Verdienst nicht leben können. Andererseits wird man ja verstehen können, daß die Herren Abgeordneten bei einem Verdienst von nur 60,- DM pro Sitzungstag (soweit erhalten viele Unterzuteilungsempfänger im ganzen Monat nicht) nur bescheiden auftreten können. Außerdem sagt ja ein Sprichwort: „Sparsam in der Zeit, so hast du in der Not“ und den Posten „Abgeordneter auf Lebenszeit“ gibt es ja leider vorerst noch nicht wieder. Ja, wenn „unser Führer“ noch lebte...“

Schacht wurde die Tür geschlossen

Die schärfste Kritik an dem Entnazifizierungsblut liegt wohl darin, daß heute schon wieder Männer, die in der nächsten Umgebung Hitlers zu den eifrigsten Förderern seiner Terrorherrschaft zählten, nicht nur frei herumlaufen können, und im Gegensatz zu vielen Opfern des Dritten Reiches in den besten Verhältnissen leben, sondern daß sie sich auch schon wieder mit einer herausfordernden Unverfrorenheit öffentlich betätigen. Einer der prominentesten und auch instinktivesten Vertreter dieser Sorte von „Ehrentagelöhner“ ist der Herr Schacht, die finanzielle Hebamme des Dritten Reiches. Von einer krankhaften Großmännlichkeit besessen, glaubt dieser braun angestrichene „Demokrat“ noch einmal eine Rolle spielen zu können, ja, spielen zu müssen — zur „Rettung Deutschlands“. So hat er jüngst einem jener getarnten Nazi-Blättern, das sich „Deutsches Echo“ nennt, in einem Interview unter dem Motto: „Es gibt Auswege“ seine Rezepte gegeben, nach denen er „den Laden schließen“ würde. Daß die Rückkehr zur Goldwährung die einzige Rettung ist, versteht sich bei diesem nur in Geld denkenden „Fachmann“ ja von selbst. Ermutigt durch eine derartige Presse-Vorarbeit hatte nun Herr Schacht unlangst sein „Fluchtaut“ verlassen, um in Düsseldorf seine neuen Fäden zu spinnen. Man hatte ihn aber dort erkannt und er mußte unter polizeilichem Schutz das Weite suchen. Wenn auch die Kreise, die eigentlich die Wiederkehr der Hitler-Propaganda zu verhindern hätten, untätig zusehen, das schaffende Volk, das die Zeche des Hitler-Regimes zu zahlen hat, ist auf der Hut und das ist die einzige Erfreuliche und Beruhigende bei diesen skandalösen und provozierenden Restaurationsversuchen der Anhänger des Dritten Reiches. Argus

Zweckmeldung über Atomgeheimnisse

UP verbreitet eine Nachricht, der zufolge Kommentator Drew Pearson, bekannt als Kritiker der Politik der US-Regierung, im Kreise amerikanischer Wissenschaftler ausgesprochen habe, daß er befürchte, die Sowjetunion sei in der Lage Atombomben herzustellen, bei denen mit der Aufspaltung der Atomkerne nach Art der kosmischen Strahlung eine tausendfache Wirkung der Bombe von Nagasaki erreicht werden könne. Zur Tröstung verkündet er, daß man in amerikanischen Laboratorien gegenwärtig feberhaft an der Herstellung einer neuen Atombombe arbeite, die über 4000 Mal wirkungsvoller sei, als die zur Zeit beste Atombombe der USA.

Man vergegenwärtige sich den Knalleffekt: In der Sowjetunion beschäftigt man sich mit einer tausendfachen, in den USA aber mit einer viertausendfachen Wirkung einer neuen Atombombe!

Auf dem Gebiet der Atomphysik kann man natürlich der breiten Öffentlichkeit jedes Märchen vormachen, denn wo sind die Voraussetzungen für eine konkrete Beurteilung der Sachlage gegeben.

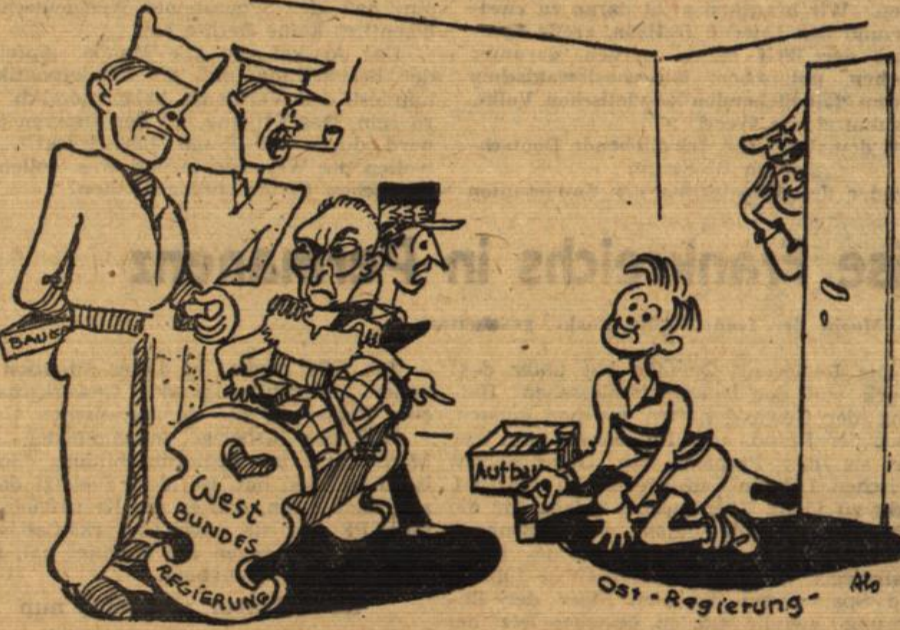
Das „Volksecho“ wird sich, wenn es erst Tageszeitung ist und genügend Raum hat, die Mühe machen, in eingehenden Darlegungen Wundermärchen von Wirklichkeit zu trennen. -ll-

Hochöfen zum Verschrotten

Watenstedt-Salzgitter. (Eig.-Ber.) Drei der vier Hochöfen der ehemaligen Reichswerke in Salzgitter, die jetzt demontiert werden, sollen „auf Lager gelegt werden“. Eine Wiederverwendung der demontierten Hochöfen ist nach Ansicht von Hüttenfachverständigen fast unmöglich, da dies mit großen Schwierigkeiten verbunden sei. Man erwartet daher, daß die Hochöfen verschrottet werden.

Auch das ist Lohnabbau

Dortmund. (Eig.-Ber.) Die Ortsgruppe Lütgendortmund der Industriegewerkschaft Bergbau protestierte gegen eine Anweisung der deutschen Kohlenbergbauleitung, die den Ruhrkumpels die Veräußerung von Deputatkohle verbietet. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Deputatkohle ein Teil des Verdienstes und damit Eigentum des Arbeiters ist, über das er frei verfügen kann.



Warum darf der es schon im Freien und alleine tun?

Pressestimmen

Amerikanischer Europa-Plan wird nicht ernst genommen

Nachdem ich mit einigen Europäern gesprochen hatte, die sich mit diesen Fragen beschäftigt und sie richtig verstanden haben, gewann ich in Paris den Eindruck, daß das Volk im allgemeinen nicht und selbst verantwortliche Stellen nur wenig daran glauben, daß es den USA mit ihrem Plan der gegenseitigen Hilfe für Europa ernst ist. Die allgemeine Auffassung ist die, daß es in den amerikanischen Beziehungen zu Europa nur zwei ganz einfache Alternativen gibt: Entweder daß wir unbeschränkt und unbedingt jede Regierung unterstützen müssen, die antikommunistisch ist, oder daß wir uns aus Europa in die Isolation zurückziehen. Der Gedanke, daß die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk mehr als ein platonisches Interesse an der Reorganisation und dem Neuaufbau Europas haben, wurde noch nicht ernst genommen. Es ist ein Gedanke, von dem jedermann glaubt, daß er ihm in Form von Phrasen und Gesten zum Ausdruck bringen muß. Aber es ist kein

Gedanke, der die Politik der Regierungen oder ihre Entscheidungen bestimmt. Daher kommt es, daß, obwohl in einem gewissen Sinn die amerikanische Macht in Europa außerordentlich groß, sogar tatsächlich unangenehm groß ist, der amerikanische Einfluß auf konstruktive europäische Handlungen bemerkenswert gering ist. Walter Lippmann in der „New York Herald Tribune“

Berliner Moral bedarf der Aufpolierung

Die züftelnde Kreise erklärten hier, daß die Beamten der Vereinigten Staaten und Englands eine neue Kampagne starten werden, um die Zustimmung Frankreichs zu erhalten, Westberlin in die deutsche Bundesrepublik einzugliedern... Sie heben hervor, daß diese Handlung notwendig ist, falls die Moral der Westberliner aufleben und für den kommenden Kampf um die Hauptstadt gestärkt werden soll... Im Augenblick ist die Moral, nach den Aussagen eines hohen Beamten der Vereinigten Staaten, „niedrig“. „New York Times“

General Robertson spielte Bridge

Die Amerikaner wollten eine starke Abwertung, um den deutschen Export zu erhöhen. Die Franzosen wollten nur eine mäßige Abwertung als einen Schutzwall gegen deutsche Konkurrenz auf europäischen Märkten, sie wünschten ferner vor deutschen diskriminierenden Maßnahmen oder einem deutschen Dumping auf dem Weltmarkt und vor einer Erhöhung der deutschen Kohlenpreise geschützt zu werden. General Sir Brion Robertson, der britische Vertreter (bei den Verhandlungen über die Abwertung, d. Red.) ging nach mehreren Stunden buchstäblich aus dem Verhandlungsraum heraus und spielte im Nebenzimmer eine Partie Bridge. Zuvor sagte er seinen Kollegen, daß er die Weisung erhalten habe, allem zuzustimmen, was die Deutschen von 0 bis 30 Prozent wollen und daß, was ihn betrafte, nichts anderes eine Rolle spiele... Es gibt Leute, die behaupten, daß bei den Deutschen alles in Ordnung sei, weil die Hochkommissare sich zuerst untereinander stritten und sich dann mit dem Kanzler Dr. Adenauer zusammensetzten und noch einmal alles besprachen. Es gibt andere Leute, die den Eindruck gewonnen haben, daß die ganze Angelegenheit den Hohen Kommissaren einen sehr schlechten Start bei ihren Beziehungen zu neuen Regierung gab. Es werden Zeiten kommen, wenn die Hohen Kommissare gewisse Dinge befähigen müssen, die in Deutschland zu geschehen haben. Aber diese Augenblicke sollten sorgfältig ausgewählt werden. „New York Herald Tribune“

Die Furcht vor der Wahrheit

wegen der Schuld an der Spaltung Deutschlands

Hinter all den wütenden Angriffen gegen die bedeutsamen Ereignisse in Berlin, hinter allen Versuchen der Verunglimpfung, hinter der verkämpften Ironie und der gespielten Unbekümmertheit wird immer deutlicher die große Furcht sichtbar. Die Furcht derer, die — weil sie auf die nationale Selbstbestimmung des deutschen Volkes verzichten, weil sie das Recht auf einen Friedensvertrag entsagt und sich jeder Selbstständigkeit des politischen Handelns begeben haben — nichts so sehr fürchten wie die deutsche Selbstständigkeit und ein autoritatives Organ, das zugleich Sprecher und Vollstrecker der Lebensforderungen des deutschen Volkes ist.

Darin liegt das ganze Geheimnis der Kommentare in den Spalten der westdeutschen Blätter. Die Furcht ist allgemein, und sie bricht selbst dort durch, wo man sich den Anschein gibt, als sei man uninteressiert. Man fragt verängstigt, es ist die Stimme des schlechten Gewissens: was wird, wenn die „drüben“ tatsächlich mehr Selbstständigkeit genießen? Was wird, wenn „ihre“ Regierung von der Sowjetunion und von anderen Ländern anerkannt wird, und wenn man mit ihr einen Friedensvertrag abschließt? Was wird, wenn gar die sowjetischen Besatzungsgruppen abziehen?

Diese furchtsamen Fragen, um nicht die von Adenauer bis zum letzten Leitartikel-

schreiber vorgetragenen juristischen Argumente von der angeblichen „Illegalität“ der provisorischen gesamtdeutschen Regierung in Berlin, sind das einzig Interessante an den im Bonner Geiste gehaltenen Kommentaren.

Worum geht es denn? Es geht darum: Wer handelt für das deutsche Volk? Wer macht sich zum Sprecher seiner Lebensforderungen? Wer wahrt seine nationale Eigenständigkeit und sichert seine Zukunft? Die Antwort auf diese Fragen ist entscheidend.

Wer handelt für das deutsche Volk? Adenauer hat vor Monaten selbst die Antwort gegeben. Als die Londoner Empfehlungen der sechs Westmächte bekannt wurden, auf deren Grundlage das Bonner Grundgesetz geschaffen, der westdeutsche Staat errichtet und die westdeutsche Regierung gebildet worden sind, erklärte Adenauer: „Der Versailler Vertrag ist ein Rosenstrauch gegenüber den Londoner Empfehlungen“. Er sagte, sie bedeuteten „An-nexion der Ruhr“ und „Zwangsarbeit“, und das deutsche Volk „würde vielleicht durch Verweigerung der Zusammenarbeit seine Ehre retten müssen“.

Der Mann, der so sprach, vergaß seine eigene Ehre zu retten. Er schuf die Regierung, deren einzige Daseinsgrundlage jene Londoner Empfehlungen samt ihren Abkömmlingen — Ruhr-

und Besatzungsstatut — bilden. Handelt man so für das deutsche Volk?

Die Männer der Regierung in Berlin haben nie einen Zweifel gelassen über ihre grundsätzliche Position. Ausgangsbasis ihres politischen Programms ist die einzige existierende international-rechtliche Grundlage des deutschen staatlichen Lebens, das Potsdamer Abkommen. Hier wurde dem deutschen Volke seine staatliche Einheit, seine Souveränität und ein Friedensvertrag zugesichert. Auf dieser Grundlage ließ sich ein demokratisches und friedliches Deutschland aufbauen.

Die Londoner Empfehlungen waren nicht nur formell ein Bruch des Potsdamer Abkommens, sie waren die direkte Verneinung seiner Grundsätze. Wo Potsdam die Einheit Deutschlands vorsieht, da befahlen die Londoner Empfehlungen seine Spaltung. Wo in Potsdam nach der Entmilitarisierung die Souveränität des deutschen Volkes wiederhergestellt werden sollte, da dekretierten die Londoner Empfehlungen die Herrschaft der Besatzungsmächte für unbestimmte Zeit. Wo Potsdam dem deutschen Volke einen Frieden zusicherte und die Besetzung als vorübergehend betrachtete, da befahlen die Londoner Empfehlungen das Besatzungsstatut und die unbeschränkte Dauer der Besatzung.

Möge jeder Deutsche sich die Frage vorlegen, ob es auf der Grundlage der Londoner Empfehlungen überhaupt eine deutsche Zukunft geben kann. Das Bonner

System beruht auf den Londoner Empfehlungen. Es setzt voraus den Verzicht auf die Einheit, auf die wirtschaftliche und politische Selbstständigkeit, auf die Handelsfreiheit, auf das Ruhrgebiet als eines Gliedes des deutschen Wirtschaftskörpers, auf einen Friedensvertrag und auf den Abzug der Besatzungstruppen. Bonn ist der Verzicht auf alle Lebensforderungen des deutschen Volkes.

Die provisorische gesamtdeutsche Regierung in Berlin macht dagegen diese Grundforderungen zur Richtschnur ihres Handelns. Darin liegt ihre Selbstständigkeit und ihre wahrhaft nationale Bedeutung.

Die Furcht der Männer des Bonner Systems hat ihre Wurzel darin, daß diese Wahrheit dem deutschen Volke nicht für lange verborgen bleiben kann, daß es auch rein äußerlich bald den Unterschied herausfinden wird zwischen dem selbständigen deutschen Handeln in Berlin und den befohlenen Abwertungskursen und Kohlepreisen in Bonn. Diese Furcht ist echt und begründet, und sie wird jeden Tag neue Nahrung erhalten. Das Leben selbst wird die Wahrheit immer eindringlicher offenbaren, daß die Regierung in Berlin die Grundinteressen des deutschen Volkes wahrnimmt und daß ihr Weg zur Selbstbestimmung und zum Frieden führt. Mit der Erkenntnis dieser Wahrheit im Westen und Süden Deutschlands wird die Front des gemeinsamen Kampfes für die nationale Einheit und Unabhängigkeit und einen gerechten Friedensvertrag wachsen. J-Sch

Lebensmut zu hohen Preisen

Froher Samstagnachmittag

Der Nebel steigt, es fällt das Laub und ich bräute eine Hose. Die alte glänzt am Hinterteil (der einzige Glanz in meinem Leben) und fehlt aus allen Nähten um Erbarmen. Mit der schmalen Lohntüte in der Tasche, aber Sonne im Herzen, schiederte ich, die bessere Hälfte am Arm, durch die lebendige Stadt, wo man auf Schritt und Tritt über Straßenspektakel stolpert, als sichtbares Zeichen unseres sozialen Bundesstaates.

„Eine Hose? Bitte sehr, mein Herr,“ dienerne der Verkäufer im leeren Kaufhaus. Der Mann hatte Manieren, übersah diskret mein schäbiges Äußeres und tat so, als bediene er einen Kommerzienrat. Vom Regal schmiß er mir einen Stapel auf den Ladenausgang und breitete sie mit einem Wortschwall auseinander. Ich besah weder Farbe noch Schnitt, sondern nur die Preisstafeln: 35, 40, 46 DM. Ein Wochenlohn — eine Hose. Das entschied, ich wollte mich nebst besserer Hälfte zurückziehen, als mich der Verkäufer am Aermel packte. Er hätte noch eine, einen Schlager für 25 DM, Montmartre-Schnitt und hielt mir so ein greifbares Ding unter die Nase. Ich probierte das Beinkleid mit Montmartre-Schnitt, wobei mir dunkel in Erinnerung kam, daß dies ein Apachenviertel in Paris ist, wo die Sitzen rauh sind, womit mir die Rauheit des Stoffes erklärbar wurde. Trotz der fremdländischen Herkunft sicher ein westdeutscher Werkstoff, der vielleicht im Käferwald gewachsen und mit seiner Krone einst ein verliebtes Paar beschattete. Wir kauften die Hose und gingen von dannen.

Wir essen gerne Bücklinge und lenkten daher unsere Schritte in die Nordsee-Fischerei, die man schon von der Friedrichsbrücke aus riechen kann. Frische Bücklinge mit Butterbrot und einer Flasche Bier sind eine Mahlzeit für Großfürsten hinein denn! Wer beschreibt aber unser Erstaunen, als wir erfahren, daß die auf einmal 62 Pfennig kosten, statt 55 Pfennig wie bisher. Nachgill ich hör dir trappen, die „unwesentliche Preissteigerung“ infolge der Abwertung fängt also schon an! Ich knallte das Geld auf den Tisch und schmettete die Ladentür zu, wobei ich beinahe meine mir im Kleiwaser folgende Eheleibste zerquetscht hätte. Wir fahren selbster nach Hause, wobei mir meine Frau unterwegs zufüßerte, ich möchte ihr doch noch zwei Zentnerchen Briketts besorgen, morgens sei es schon so kühl.

Ich ta's und ging zum Kohlenhändler. Erfuhr dort, daß Braunkohlenbriketts seit gestern von 1,80 auf 2,25 DM gestiegen sind, also um 25 Prozent. Dachte dabei an das große Wort unseres eisernen Kanzlers: „Wir werden diesen Weg nicht beschreiten“, nämlich den der Kohlenpreiserhöhung. Fuhr meine abwertungsbewussten Briketts nach Hause und schmiß sie in den leeren Keller.

Als ich mich seufzend, mit einer selbstgedrehten Zigarette im Mund und der eleganten Montmartre-Hose auf dem Leibe auf den wackeligen Küchenstuhl setzte, tönte aus dem Radio: „Froher Samstagnachmittag! Wir bringen unsere Sendung: Lebensmut zu hohen Preisen.“

Die Krise in der Mannheimer Rheinschifffahrt

Profitorientierung und die Tarifsätze der Bundesbahn

Mit der Lage der deutschen Binnenschifffahrt beschäftigte sich die Mannheimer Tagespresse in mehr oder minder langen Kommentaren unter besonderer Beleuchtung der sich verärgerten ausländischen, vorab der schweizerischen und holländischen Konkurrenz.

Die holländische Schifffahrt hat heute leichtes Spiel. Nach dem Zusammenbruch beslagnahmte Frankreich den am linken Rheinufer vor Anker liegenden deutschen Schiffpark in seiner Gesamtheit. Holland tat ein übriges, indem es nicht nur den Tonnageraum der großen Reedereien, sondern auch den der kleinen sogenannten Partikulieren, also der Kleinschiffkümer, der in holländischen Häfen ankernd, an sich brachte. Mehr noch, es beanspruchte ferner sämtliche deutsche Schiffe, die auf holländischen Werften gebaut worden waren und auch jene, deren Bau mit Hilfe von Krediten bzw. Hypotheken der holländischen Hypothekenbank bewerkstelligt worden und erhielt sie auch. Eigentümer und Besatzung dieser deutschen Schiffe fahren also heute im Auftrage holländischer Gesellschaften lediglich als deren Angestellte, auch dann, wenn die aufgenommenen Hypotheken bis auf wenige Gulden abgelöst sind.

Der Löwenanteil des Schiffsraumes der Deutschen und damit auch der Mannheimer

Rheinschifffahrt fiel also demnach an Holland, was äußerlich auch dadurch in Erscheinung tritt, daß die holländische Flotte neben der schweizerischen den Rhein beherrscht. Im Zuge dieser Entwicklung verlor z. B. die Mannheimer Fendel Schifffahrtsgesellschaft allein über 200 Schiffe, wobei jene mit eingerechnet sind, die während des Krieges durch Bombenangriffe versenkt wurden. Wie Kapitäne berichten, ließen die in den Häfen der Ruhr hundert von ehemals deutschen Schiffen, von den Holländern als sogenannte Restitutionsbeispiele, deren Tonnageraum seit Monaten nicht ausgenutzt wird, lediglich also der deutschen Wirtschaft entzogen, um die Konkurrenz niederzuhalten.

Der augenblickliche niedrige Wasserstand des Rheines, verursacht durch die lange hinter henden künstlichen Deiche, hat zu einer vorübergehenden künstlichen Belebung der Mannheimer Schifffahrt geführt, daß nun ein geringerer Teil des bisherigen Transportgewichtes geladen werden kann und mehr Schiffe als bisher benötigt werden. Tatsächlich aber ist die Lage der Rheinschifffahrt sehr ernst, nicht allein durch die ausländische Überfremdung, sondern durch einen weit gewichtigeren Faktor. Diesen Faktor, der zu einer Verdrängung des Mannheimer Hafens führte, bilden die der Schifffahrt gegenüber weit niedriger liegenden

Tarifsätze der Bundesbahn. Die Transporttarife der Bundesbahn haben sich nämlich gegenüber dem Vorkriegsstand um „nur“ 40 Prozent erhöht, die der Schifffahrt aber durch die nach Angabe der Unternehmer immer mehr steigenden Selbstkosten (Instandsetzungen, Reparaturen) plus Profitsucht um volle 100 Prozent. Dieser enorme Unterschied in den Tarifsätzen bewirkt, daß allein der gesamte Kohletransport für den weiten Umkreis bis nach Württemberg hinein zur Bundesbahn wandert und damit die Lage der Schifffahrt um ein bedeutendes verschlechtert.

Es sind nun schon geraume Zeit seitens der Schifffahrtsunternehmer Bemühungen im Gange, mittels Verhandlungen mit der Bundesbahn eine „Angleichung der Tarifsätze“ d. h. also praktisch eine Erhöhung der Transporttarife der Bundesbahn zu erreichen. Verteuerung der Transporte bedeutet aber im Endeffekt Verteuerung der Kohle und damit Abwälzung höherer Unkosten auf die breite Verbraucherschaft. Die Verhandlungen sind noch in der Schwebe, wir zweifeln aber nicht daran, daß Zugeständnisse an die Unternehmer gemacht werden. In solchen Punkten hat das „Privatinteresse“ immer weitestgehendes Verständnis gefunden. Ob damit aber der Rheinschifffahrt geholfen ist steht auf einem anderen Blatt, und wir hegen hier berechtigte Zweifel.

Mannheimer Schiffswerft in Nöten

Aus den Arbeitern wird das Letzte herausgeholt

Die Schiffs- und Maschinenbau-AG. in Mannheim gehört auch zu den Firmen, die von der Krise in der Binnenschifffahrt und von den Maßnahmen der Alliierten besonders betroffen ist. Die Werft hat zwar den Krieg verhältnismäßig gut überstanden, der Maschinenpark ist erhalten geblieben, der Gebäudeschaden konnte in den vergangenen Jahren restlos behoben werden, aber die westlichen Alliierten haben den Neubau von Schiffen ganz untersagt, so daß das Werk lediglich auf Reparaturaufträge angewiesen ist. Diese sind nicht so zahlreich, um die Kapazität der Werft auszunutzen. Die Geldnot der kleinen Schiffbesitzer, ferner die Schwierigkeiten, die speziell der Rheinschifffahrt unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz erwachsen und andere Gründe spielen hier eine Rolle.

Die Folgen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden natürlich, wie das von einem kapitalistischen Betrieb nicht anders zu erwarten ist, auf die Arbeiterschaft abgewälzt. Kommt eine neue Arbeit herein, dann müssen die Akkordarbeiter erhalten, die Arbeit so billig wie möglich ausführen, damit der Firma noch ein genügend großer Profit verbleibt. Das geschieht in der Form, daß man den Arbeitern einfach eine bestimmte, möglichst niedrige Akkordzeit vorschreibt mit der Motivierung, es kann nicht mehr gegeben werden, weil der Auftrag zu ungünstigen Bedingungen angenommen worden ist. Die Akkordarbeiter müssen dann das Letzte aus ihren Knochen herauswinden, um dann doch nicht mehr, als 45 bis 50 DM pro Woche zu verdienen, von den Tagelöhnern, die bei der 38 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit

noch weit weniger erhalten, ganz zu schweigen.

Zum Ausgleich für die Kurzarbeit der Belegschaft hat man seit drei Wochen einen neuen Direktor eingestellt. Es ist der alte ehemalige Betriebsführer und Wehrwirtschaftsführer, der 1945 auf Drängen der Belegschaft nicht mehr den Betrieb betreten durfte und der auch in den folgenden Jahren stets abgelehnt wurde. Nun ist es ihm, ge-

stützt auf den Aufsichtsrat, gelungen, an seine alte Stelle zurückzukehren. Die Schiffswerft hat also trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zwei leitende Direktoren, die sich, wie man hört, in die kaufmännische und technische Leitung des Werkes teilen wollen. Die dadurch entstehenden Mehrausgaben wird der neue Direktor aus den Akkordarbeitern heraus-

Wiedergutmachung eines Unrechtes

Mannheim und Brühl haben sich verständigt

Noch in der letzten Verwaltungsaus-

schußzeit der Stadt Mannheim war die 1944 zwangsweise erfolgte Eingemeindung eines erheblichen Gebietes von Brühl — es handelte sich um ca. 200 ha — Gegenstand einer längeren Erörterung. Die durch das plötzliche Ableben von Dr. Cahn-Garnier im Stocken geratenen Verhandlungen über die Rückgliederung dieses Gemarkungsteiles waren durch einen konkreten Vorschlag Mannheims nun wieder in Fluß gekommen. In diesem letzten Vorschlag verzichtete Mannheim auf das Gelände der Firma Schütte-Lanz, den bisher strittigsten Punkt des rechtlichen Hin und Her, beanspruchte lediglich das tieferliegende Gelände der IG-Siedlung, der Firma Mohr & Federhaff und der Heinrich Lanz AG. Im Austausch dafür sollten gemäß den Brühler Forderungen die Grundsteuer nach Mannheimer Hebesätzen an Brühl abgesetzt werden.

Es kann nun auf dieser Basis ein Vertrag zu Stande, der die Rückgabe der geforder-

ten Gebiete einschließlich Werkgelände Schütte-Lanz an die Gemeinde Brühl vorseht. Das im Mannheimer Vorschlag bezeichnete Gebiet unter Einschluß der IG-Siedlung bleibt bei Mannheim, die Steuern dafür fließen der Kasse Brühls zu. Weiter werden sämtliche Steuern aus dem bisher eingemeindeten Gebiet rückwirkend vom 21. Jan. 1949 ab bis 31. März 1950 an Brühl abgeführt. Die durch die Rückgliederung verursachten Kosten trägt die Stadt Mannheim. Abschlagszahlungen, welche Mannheim bereits leistete und die Gewerbesteuer für Arbeiter, welche in Betrieben des eingemeindeten Gemarkungsteils arbeiteten oder noch arbeiten, werden in Abzug gebracht.

Mit diesem Vertrag ist ein Unrecht aus der Zeit der Gewaltherrschaft, begangen an einer Nachbargemeinde aus der Welt geschafft und alle Unzuträglichkeiten beseitigt.

Standesamt erklärten die beiden schriftlich an Eides statt, wie verheiratet gewesen zu sein. Das stimmte für den Vamp, aber nicht für Aesculap, der genau gesehen, ein Pfuscher war, dem man nicht einmal seinen alten Hut hätte anvertrauen dürfen.

Nachdem er nun seine Zelte in Seddenheim aufgeschlagen hatte (er war indessen am Mannheimer Städtischen Krankenhaus beschäftigt) suchte ihn eines Tages ein Mädchen auf mit einem delikaten Anliegen. Sie war jung, in anderen Umständen, sehr kummervoll und durchaus nicht häßlich. Der Onkel Doktor verlangte zunächst 80 DM Honorar, untersuchte etwas merk-würdig und forderte dann die Patientin zu einem Spaziergang auf in den nahen Dossenwald. Was dort geschah, ist unbeschreiblich und steht mit dem Geißlerum in naher Beziehung. Der Onkel Doktor entpuppte sich als gewöhnlicher Verbrecher und half im übrigen dem Mädchen nicht.

Der Verteidiger redete wie ein Dichter, die Gattin Nr. 2, einen durchdringenden Lavendelgeruch im Saal verbreitend, desgleichen. Das Gericht verneinte Doppel-ehe (die erste Ehe wurde inzwischen infolge gültiger Überinkunft geschieden) bejahte Betrug, falsche eidesstattliche Versicherung und Sittlichkeitsverbrechen.

Spruch: Ein Jahr fünf Monate Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust, Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Ein Nachkriegsschicksal und eine Nachkriegsexistenz, die am Scheideweg angelangt, abirrt und nun im Zuchthaus endet.

Paul Sarire bei der Matinée des Nationaltheaters am 9. Oktober findet am 23. Oktober 1949 vormittags 11 Uhr die Wiederholung der Aufführung statt.

Neubürger-Genosse in seiner Organisation mitarbeiten.

Nur durch die engste Verbindung mit den Neubürgern, und im Kampf gegen ihre täglichen Sorgen und Nöte können sich unsere Genossen ihr Vertrauen erringen und verhindern, daß sie wieder neofaschistischen Elementen nachlaufen und von den reaktionären Imperialisten mißbraucht werden. Bereits hat sich die „Notgemeinschaft“ als neue politische Partei konstituiert. Es ist nur zu bedauern, daß durch ein raffiniert ausgearbeitetes Wahlsystem bei der Wahl zum Bundestag diese Notgemeinschaft um ihre Vertretung betrogen wurde. In der praktischen Politik hätte ihre Führerclique den Beweis erbringen müssen, welche Interessen sie vertreten. Eine klassenmäßig so aufgespaltene Organisation kann nie die Vertretung der arbeitenden Bevölkerung übernehmen.

Aus dem Gerichtssaal

Aesculap auf Abwegen

Da saß ein Mann auf der Anklagebank mit einem Savonarolaprofil, einem Geißler- und Flagellantengesicht. Jedes Menschen-Gesicht steht in seinem Gesichte und deshalb trotz des Äußeren auch nicht, er geißelte gern, zwar nicht seine eigene wertige Person in bußfertiger Selbstkasteiung, sondern das ewig Weibliche. Durch Eva erreichte ihn auch sein Schicksal.

Er kam zu Beginn des Jahres 1945 eilfertig zurück aus Rußland, um, wie er sagte, dem Genickschuß zu entgehen. Kolberg lag gerade unter dem Beschuß der sowjetischen Artillerie, wurde evakuiert, ein befreundeter Marineoffizier verhalf seiner Frau und den zwei Kindern zu einem Platz auf einem Fährprahm und meldete ihm, daß seine Familie in Sicherheit sei. Aber Duplizität der Ereignisse, andertags meldete ein anderer Bekannter, ein etwas mysteriöser Ostermann, daß Frau und Kinder dabei um's Leben gekommen seien. Eine Falschmeldung, die wohl dem Gehirn des Angeklagten entsprang, denn die Familie lebte gesund und munter weiter. Der tiefbetrübt Witwer leitete nun in Bayern ein Lazarett, lernte dort eine draufgängerische Medizinstudentin vom Vamp-Typ kennen, für die er in Liebe entbrannte. Dem Münchner

Meldet Quartiere zum Landespartei-tag am 5./6. November. Quartiermeldungen an Kreisvorstand der KPD, Mannheim, S 3, 10.

Die Neubürger und die Kommunistische Partei

Zum Kampf gegen nationalistische Verhetzung

Den antikomunistischen Propagandaleitern ist es am 14. August in Westdeutschland noch einmal gelungen, große Massen unzufriedener und enttäuschter Wähler abzuhalten, ihre Stimme den Kommunisten zu geben. Insbesondere waren es die durch den Krieg am härtesten Betroffenen, die Ausgebombten und Neubürger, die durch ein geschickt angelegtes Ablenkungsmanöver ihr Heil in der sogenannten Notgemeinschaft suchten. In großangelegten „Heimat-treffen“ werden die Landsmannschaften zu Kundgebungen zusammengezogen. Oft sind es Tausende, ja Zehntausende, die aus dem ganzen Land zusammenströmen. Keine Mühe und keine Fahrtkosten werden gescheut. Die natürliche Liebe zur alten Heimat und der Wunsch frühere Bekannte wieder zu treffen, wird von verantwortungslosen Politikern rücksichtslos ausgenutzt. Auf diesen Kundgebungen wird oft an die niedrigsten nationalistischen Instinkte appelliert. Man spricht dort offen von der Zurückeroberung der alten Gebiete, von der Einverleibung von Böhmen und Mähren und auch Oesterreich soll wie-

der einmal heim ins Reich. Wohl wissend, daß eine Fortsetzung dieser Politik den Neubürgern gar nichts nützt, aber neues Mißtrauen gegen Deutschland schafft und letzten Endes einem dritten Weltkrieg in die Hände arbeitet, werden diese Kundgebungen fortgesetzt.

Dieser verhängnisvollen Entwicklung muß die Kommunistische Partei in der nächsten Zeit mehr Aufmerksamkeit schenken. Eine Arbeits-Konferenz der Neubürger am 9. Oktober nahm deshalb vor dem Parteitag zu diesen Problemen noch einmal Stellung. In einer ausgiebigen Diskussion wurde dabei die geleistete Arbeit überprüft und auch auf die noch vorhandenen Fehler und Mängel aufmerksam gemacht.

Man erweist den Neubürgern einen schlechten Dienst, wenn immer wieder erfüllbare Hoffnungen geweckt werden. Damit erreicht man nur fortwährend Beunruhigung und verhindert eine wirkliche Eingebürgerung und Selbsthaftmachung. Die rückständigsten und egoistischsten Teile der Neubürger klammern sich ebenfalls an diese

Hoffnungen, um die für sie unliebsamen Fremdlinge wieder los zu werden. Auch die aufopferungsvolle Arbeit der Genossen Bettinger als Flüchtlingskommissar konnte nicht verhindern, daß durch den bürokratischen Verwaltungsapparat die Neubürger stets benachteiligt werden. Die Bodenreform zur Ansiedlung der Neubürger-Bauern wurde sabotiert, der Lastenausgleich wird immer wieder verschoben, die Neubürger wohnen am schlechtesten und stellen den höchsten Prozentsatz der Arbeitslosen.

Umsomehr müssen wir als Kommunisten die Interessen dieser Neubürger vertreten. Als Betriebsrat oder als Gemeinderat können unsere Genossen in Verbindung mit den Vertrauensleuten der Neubürger viel leisten. Die Neubürger-Genossen selbst müssen aber mehr wie je in ihrer Organisation der Hilfsverband der Neubürger in Württemberg und der IDAD in Baden, die Belange der Neubürger vertreten. So wie jeder kommunistische Arbeiter in seiner Gewerkschaft organisiert ist und dort eine Funktion übernimmt, so muß jeder

Standesamt erklärten die beiden schriftlich an Eides statt, wie verheiratet gewesen zu sein. Das stimmte für den Vamp, aber nicht für Aesculap, der genau gesehen, ein Pfuscher war, dem man nicht einmal seinen alten Hut hätte anvertrauen dürfen.

Nachdem er nun seine Zelte in Seddenheim aufgeschlagen hatte (er war indessen am Mannheimer Städtischen Krankenhaus beschäftigt) suchte ihn eines Tages ein Mädchen auf mit einem delikaten Anliegen. Sie war jung, in anderen Umständen, sehr kummervoll und durchaus nicht häßlich. Der Onkel Doktor verlangte zunächst 80 DM Honorar, untersuchte etwas merk-würdig und forderte dann die Patientin zu einem Spaziergang auf in den nahen Dossenwald. Was dort geschah, ist unbeschreiblich und steht mit dem Geißlerum in naher Beziehung. Der Onkel Doktor entpuppte sich als gewöhnlicher Verbrecher und half im übrigen dem Mädchen nicht.

Der Verteidiger redete wie ein Dichter, die Gattin Nr. 2, einen durchdringenden Lavendelgeruch im Saal verbreitend, desgleichen. Das Gericht verneinte Doppel-ehe (die erste Ehe wurde inzwischen infolge gültiger Überinkunft geschieden) bejahte Betrug, falsche eidesstattliche Versicherung und Sittlichkeitsverbrechen.

Spruch: Ein Jahr fünf Monate Zuchthaus, drei Jahre Ehrverlust, Anrechnung von drei Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Ein Nachkriegsschicksal und eine Nachkriegsexistenz, die am Scheideweg angelangt, abirrt und nun im Zuchthaus endet.

Paul Sarire bei der Matinée des Nationaltheaters am 9. Oktober findet am 23. Oktober 1949 vormittags 11 Uhr die Wiederholung der Aufführung statt.

Rippert las Rimbaud

Der bekannte Mannheimer Maler Rudi Baerwind hatte zu einem Rezitationsabend mit Heinz Rippert vom Nationaltheater gegeben, zu dem die alten grauen Gemälde des Schlosses einen eigentümlichen Rahmen bildeten.

Rimbaud, aus kleinsten Verhältnissen stammend, in einem der ödesten Flecken Nordfrankreichs geboren, schleuderte in der kurzen Spanne von vier Jahren — von seinem 15. bis 19. Lebensjahr — sein gesamtes dichterisches Werk heraus. Von tiefer Sehnsucht nach Natur und Weite getrieben, flieht er mit 19 Jahren Europa. Nie mehr hat er einen Vers geschrieben. Jahrzehnte verbringt er in Afrika als Freund der Schwarzen. Eine Tropenkrankheit zwingt ihn aber, nach Europa zurückzukehren, und bei seiner Mutter in einer Hinterhofwohnung Zuflucht zu suchen.

Zart und lyrisch sind die ersten Gedichte, bis sich sein Blick öffnet für die Hintergründe von Mensch und Gesellschaft, die er einer leidenschaftlich flammenden Kritik unterzieht.

Heinz Rippert gelang es vorzüglich, die unerhörten dichterischen Ausdrucksmittel Rimbauds zur Geltung zu bringen. In höchst ansprechender Weise sparsamste Mittel verwendend, wurde er allen Nuancen gerecht und gestaltete eine sehr eindrucksvolle Stunde, deren Wirkung unterstrichen wurde durch die symbolträchtigen, intensiv-leuchtenden Gemälde Baerwinds. In diesem eigentümlichen Zusammenklingen von Dichtung und Malerei kam ein wesentliches Merkmal des echten Künstlers zum Ausdruck: das wache Auge für seine Zeit und das Suchen nach neuen Werten.

zustande von Papa Haydn und den Wiener Sängerknaben mit Majestäten, denen ob des herrlichen Gesanges derselben die Tränen in den Augen stehen. Eine stumpfsinnige Wiederholung photographierter Heiligen- und Engelsbilder machte die Sache auch nicht besser. Vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt, hier wurde er getan. (Palast)

Freitag, den 21. Oktober 1949 kommen zum Einsatz: Im Palast der A. M. Rabenalt-Film „Martina“, im Alster „Gottes Engel sind überall“ und im Capitol „Abenteuer in der Südssee“ mit Tyrone Power.

Tanzintermezzo im Nationaltheater Alexander von Swaine ist Tänzer vom Blute her, dies unterscheidet ihn von Kreuzberg, dessen Imagination vom Intellekt stammt. Alexander von Swaine tanzt selbstvergessen, rauschhaft und entrückt, ohne je virtuos zu sein oder kühler Routinier, er schöpft aus dem Herzen und ist immer männlich. Pantomime und Gebärde entspringen der Fantasie, nicht selbstgefälliger Beobachtung, sind unmittelbar und zündend. In seiner Kunst mischen sich die Urelemente des Tanzes.

Sein Programm am Samstagabend hätte prächtigste Niveau und verzeichnete u. a. Debussy, Beethoven, Stravinsky, Mozart und Dvorak. Sein Auserwählter scheint Debussy zu sein, der ihm wohl am meisten liegt, das beweisen die dionysisch gedutete „Trunkenheit“, und das in edler Gemessenheit fast sonnenblut gebrachte „Anda Traumbild“. In dem „De profundis“ (Aus der Tiefe) von Wladimir Metz loderte die Empörung des Bedrückten, in Stravinskys „Petruschka“ kam die zauberhafte Nivität und Vitalität des slawischen Menschen zu prachtvollem Ausdruck. Reicher Beifall lohnte zu wiederholtem Male die künstlerischen Expressionen des Meisters. Franz Mehr.

Nationaltheater Mannheim Wegen des nachhaltigen Erfolges des Einakters „Hinter verschlossenen Türen“ von Jean

Im Capitol: „Die letzte Etappe“

Diesen Film der Wanda Jakubowska zu sehen, war mehr als nur leise Erschütterung des Herzens. Er hielt uns den Spiegel vor und sagte uns, daß wir mitschuldig seien.

Jene, die das Konzentrationslager miterlebt haben, in Buchenwald oder im Ort der Handlung, in Auschwitz, mögen dabei schmerzliche Reminiszenzen gehabt haben. Die anderen, die es nicht erlebt haben — und für diese wurde dieser Film ja gedreht — wurden das nagende Gefühl der Reue nicht los. Denn das hier Gezeigte war das nackte Grauen. „Das habe ich nicht gewußt, man hat uns das ja verheimlicht“, ist keine Entschuldigung. Sie tragen das Brandmal der Mitschuld, der schweigenden Duldung.

Man darf getrost in der Geschichte zurückblättern, zum Mittelalter, der spanischen Inquisition eines Torquemada oder zum Allertum. Man findet keinen Vergleich für die hier verübten Schrecklichkeiten, weder dem Umfange nach, der Massenvernichtung, noch der raffiniert ersonnenen physischen und seelischen Folter. Calligula und Nero, selbst Philipp II. hatten mehr Herz, vor dem Kinde machten sie Halt. Hitler im 20. Jahrhundert übertrumpfte alle an Erbarmungslosigkeit er vernichtete das zarteste Leben, das Kind und häufte so Schmach auf den Namen Deutscher. Wer von uns heute ins Ausland geht, muß die Augen niederschlagen, so sehr haben wir dem Menschentum ins Gesicht geschlagen.

Dieser Film ist eine Rekonstruktion der schauerlichen Ereignisse in Auschwitz, ein Spielfilm und dennoch ein Tatsachenbericht von tendenzloser Schärfe, ein Zeitdokument. Man darf ihn nicht wieder in die Archive vergraben, sondern muß ihn uns immer wieder zeigen, wenn wir anfangen sollten, zu vergessen, was in unserem Namen geschah. Bedauerlich ist nur, daß er nicht synchron gemacht wurde, einkopiert Text ist immer nur ein Notbehelf, eine Brücke, ein rein deutscher Dis-

log würde seine Wirkung erhöhen. Erfreulicherweise waren dem Rufe der VVN viele gefolgt und das Capitol mit einer atemlos schweigenden Menge zum Bersten gefüllt.

Querschnitt des Films Schlager der Woche war die nun bereits zweite filmische Version der herrlichen Volkskomödie „Krach im Hinterhaus“ von Maximilian Böttcher, die 1937 im Theater am Schiffbauerdamm startete und zu einem Sensationserfolg wurde. Retradur Richter ist tot, Bruni Löbel hat ihre Nachfolgerschaft als Berliner Range angetreten und ist in ihrer herzzerreißenden Natürlichkeit bei Gott nicht schlechter als das allzu früh verstorbene Veilchen von Potsdamer Platz, Paul Dahke, der Vielgewandte, gab ein Kabinettstück eines Berliner Hauswärtlers und der sonst so seriöse Karl Kuhlmann einen „höheren Beamten“ im Hinterhaus von einer wunderbaren Echtheit. Alles dran an diesem Film, wie der Berliner sagt, man wünschte sich mehr von diesem Genre. (Capitol)

Mariene, einst der Prototyp des Vamps, ist leider passé. Man konstatiert dies mit Iselem Bedauern, denn die blonde Venus mit dem Zylinderhut ist ein Stück Chronik des internationalen Filmes, in dem sie sich seit zwei Jahrzehnten sieghaft behauptete, oft kopiert, doch nie erreicht. Ihre Bijou in „Das Haus der sieben Sünden“ ist ein matter Aufguß der Schanghai-Lilly von damals, denn ihre Jugend ist entscheidend und ihr betäubendes Sex-appeal ist ebenfalls dahin. Bei dem man einem alten Hollywood-Cocktail, bei dem man wieder Bekannte, nämlich Oskar Homolka wieder begegnete, ein leichtes Lächeln. (Alster)

Die Wiener kommen von ihrem habsburgischen Mottenprunk nicht los. Gustav Ucley wurde bemüht und „Singende Engel“ gedreht. Ucley fällt anscheinend auch nichts mehr ein und so kam eine süßlich-fade Story



Laßt uns steigen!

Maßregelung bei der Eisenbahn

Bei den Reichsbahnausbesserungswerkstätten in Schwetzingen wurde der Betriebsvorsitzende ohne berechtigten Grund fristlos entlassen. Die Entlassung hat bei den Eisenbahnern größte Empörung hervorgerufen. Die Eisenbahnergewerkschaft will diese Entlassung auf keinen Fall dulden und wird in einer außerordentlichen Delegiertenversammlung dazu Stellung nehmen.

Fünfzig Jahre Freie Sängervereinigung

Der Saal der Flora in der Neckarstadt bombenvoll, so daß die berühmte Stecknadel nicht hätte fallen können, so war der Besuch des Jubiläumskonzertes der Freien Sängervereinigung, welche sich eine Anzahl andere Vereine, den Arbeitersängerbund, die Sängerklausen, den Frauenchor 08 und das Quartett Mignon zu Gast geladen hatte.

Der Vereinsvorsitzende Christoph Benz schilderte in seiner Vereinschronik den Werdegang des vor einem halben Jahrhundert gegründeten Gesangsvereins Rheingold, der 1903 bereits sich in richtiger Erkenntnis seiner Aufgabe dem Deutschen Arbeitersängerbund angeschlossen, 1912 zur Freien Sängervereinigung umbenannt und unter Leitung des in Mannheim als Chorkomponist für die Arbeitersängerbewegung bahnbrechend wirkenden Musikdirektors Lenz mit einer Reihe von Konzerten, darunter auch einem Brahms-Konzert hervortrat. Der Vertreter des Badischen Sängerbundes nahm die Ehrung der Jubilare vor, die durch Diplome und kleine Geschenke ausgezeichnet wurden.

Das in seiner reichen Programmfolge gut abgestimmte Festkonzert unter Leitung des Chormeisters Willi Lenz hatte beachtliches Niveau und brachte u. a. Chöre von Uthmann, Zwissig und Baumann zu Gehör. Der Chormeister selbst erwies sich in seinem Schubert-Soll als kultivierter Sänger mit schön timbriertem, lyrischem Bariton, Frau Noll-Schneider brachte Schumann-Lieder zum Vortrag. Am Flügel zeigte sich Else Eller als eine einfühlsame und feinsinnige Begleiterin. Bankett und Tanz rundeten ein Jubiläumskonzert der Freien Sängervereinigung ab, das man so schnell nicht vergessen wird.

Wie hoch darf die Miete sein?

Zu den Einrichtungen des öffentlichen Lebens, die am meisten den Anforderungen interessierter Kreise ausgesetzt sind, gehören die Preisbehörden für Mieten und Pachten. Die Fürsprecher der freien Marktwirtschaft wollen auch auf dem Gebiete des Mietpreises die Beseitigung aller Schranken, die heute noch den Mieter vor der krassesten Ausbeutung schützen, durchsetzen. Ihre Propaganda richtet sich gegen die Bestimmungen über die Höhe des Mietpreises und gegen die Preisbehörden, die die Einhaltung des Mietpreises zu überwachen haben. Die Mieter haben wohl alle Ursachen, wachsam zu sein und den Bestrebungen in dieser Hinsicht entgegenzutreten.

Für die Höhe der Mieten ist das Übergangsgesetz des Wirtschaftsrates vom April 1948 maßgebend. Das Gesetz bestätigt im wesentlichen die Bestimmungen über den Mietstop aus dem Jahre 1936. Danach dürfen die Mieten für Wohnräume, die vor dem 1. April 1914 gebaut worden sind, 100 Prozent, für Wohnungen die von 1914/18 gebaut wurden 110 Prozent und für solche, die nach 1918 erbaut wurden, 135 Prozent der Friedensmiete nicht überschreiten. Unter Friedensmiete ist die vor dem 1. August 1914 geltende Miete zu verstehen. Es ist nun Sache der Preisbehörden, im Streitfall auf der Grundlage dieser geltenden Bestimmungen den Mietpreis im einzelnen festzulegen. Dabei muß die Lage der Wohnung, ihre Größe, die vorhandenen Nebenräume wie Keller, Bad usw. Berücksichtigung finden. Die Preisbehörde für Mieten und Pachten in Mannheim J 1, 12 besitzt aus ihrer jahrelangen Tätigkeit umfangreiche Unterlagen, die auch über die Kriegszerstörungen hinweg gerettet werden konnten und die bei der Festsetzung der Mieten zu Rate gezogen werden. Die Berechnung der Miete in Neubauten erfolgt nach den Sätzen, wie sie für Wohnungen in ähnlicher Lage, von gleicher Größe und Beschaffenheit üblich sind.

Vereinbarungen zwischen Hausbesitzer und Mieter, mögen sie nun mündlich oder schriftlich getätigt werden, sind ungültig, wenn darin eine höhere als die gesetzliche Miete festgelegt ist. Der Mieter, der sich benachteiligt fühlt, hat die Möglichkeit, bei der Preisbehörde die Festsetzung seiner Miete zu beantragen. In Mannheim wurden seit dem 1. April 1948 in etwa 2500 Fällen die Miete neu festgesetzt. Meistens geschah dies auf Antrag der Mieter, und in 90 Prozent aller Fälle hat das Amt zugunsten der Mieter eine Herabsetzung des Mietpreises verfügen müssen. Wenn eine der beiden Parteien, Mieter oder Hausbesitzer, mit der Entscheidung der Preisbehörde nicht zufrieden ist, dann kann Einspruch eingelegt werden. Wird dem Einspruch nicht stattgegeben, dann bleibt die Möglichkeit einer Klage beim Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe. Von dieser Möglichkeit wurde allerdings in Mannheim kaum Gebrauch gemacht. In besonderen Fällen, wenn die Preisbehörde ihren Pflichten gröblicherweise nicht nachkommt, steht den Parteien auch der Weg einer Beschwerde über die Dienstaufsichtsbehörde bei der höheren Verwaltung in Karlsruhe zu.

Neue Heimatvertriebene in Aussicht

Professor Erhards Ankündigung in Hamburg
Herr Wirtschaftsminister Erhard hat in Hamburg Wahlpropaganda gemacht und in einer Versammlung der Haus- und Grundbesitzer ein großes Wort gelassen ausgesprochen. „Die Bundesregierung wird im Frühjahr mit einem großen Wohnungs- und Siedlungsprogramm herauskommen“, so verkündete der Herr Minister großspurig. Nun sind solche verbilligten Ankündigungen des Herrn Erhard, der dabei auf die Gedächtnisschwäche seiner Zuhörer spekuliert, ja nichts Neues. Wir erinnern uns noch an die Milliardenkredite, mit denen er vor einigen Wochen nur so um sich warf und wir denken noch an die 25prozentige Erfassung der Hortungsgewinne, die er zugunsten des Lastenausgleichs vor Jahresfrist so pathetisch ankündigte. Aller Voraussicht nach wird also auch das „große Wohnungsbauprogramm“ im Frühjahr nur ein kleines Mäuslein sein, daß der kreidende Berg gebiert. Denn woher soll das Geld kommen? Ach, so der Herr Erhard weiß sich schon Rat. „Außerdem soll“, so verkündigte der Herr Wirtschaftsminister in Hamburg den entzückten Haus- und Grundbesitzern, „so bald wie möglich die Wohnungszwangswirtschaft gelockert und schließlich ganz aufgehoben werden“. Darauf kommt es dem Apostel der Freiwirtschaft nämlich an. Es ist ihm ja schon längst ein Dorn im Auge, daß es wenigstens bei den Wohnungen noch ein Gebiet gibt, auf dem die schrankenlose Profitwirtschaft und die Enteignung des schaffenden Volkes noch nicht entfesselt ist. Die freie Wohnungswirtschaft muß nach Ansicht des Wirtschaftsministers wieder hergestellt werden, weil nur so „das Privatkapital am Wohnungsbau interessiert werden könne“. Was werden wir erleben, wenn das Frühjahr kommt? Die Freigabe der Wohnungswirtschaft wird zu einer schrankenlosen Mietsteigerung führen und damit zur Austreibung aller Minderbemittelten, die dann die hohen Mieten nicht mehr bezahlen können. Es sind ja bei der unzureichenden Wohnungszahl genug zahlungskräftige Anwärter auf solche „freiwirtschaftlichen“ Wohnungen vorhanden. Aus den Mietsteigerungen wird dann der Wirtschaftsminister die Mittel für seinen „sozialen Wohnungsbau“ hernehmen und das Privatkapital wird sich auch weiterhin dort betätigen, wo es die höchsten Profite einstreichen kann und das ist bestimmt nicht beim Wohnungsbau. Den schlecht verdienenden schaffenden Menschen und ihren Familien wird aber noch das letzte genommen, was ihnen noch einigen Haalt in ihrer Misere gab, nämlich ihre

Der Geist des US-Regimes am Pranger

Das Urteil gegen die Führer der KP Amerika

Kommunistischen Partei in den USA ist nur der Auftakt eines Verfolgungszuges, der sich gegen alles wenden wird, was für Fortschritt und Frieden aufzustehen wagt. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß der Antikommunismus nur einen logischen Schluß hat: den Faschismus.

Es entbehrt nicht der Ironie, daß die Nachfahren des amerikanischen Bürgertums, das durch eine Revolution den amerikanischen Staat schuf und ihn in einem Bürgerkrieg festigte, heute die geistigen Erben der Jefferson und Lincoln zu „Verbrechern“ deklarieren. Die Trustmilliardäre, die über die gewaltigsten Bombenflugzeuge, über Raketen-Ferngeschosse und über die Atombombe verfügen — sie fürchten sich vor der bloßen Propagierung des „Gedankens“ der Revolution. Im Sterben verkünden sie, daß ihre Gesellschaftsordnung ewig leben wird — und machen die Idee zum Verbrechen, die ihren Tod voraussetzt.

Welch unbesiegbare Kraft muß doch von einer Idee ausgehen, die den amerikanischen Trustherren, den allgewaltigen Herrschern der kapitalistischen Welt, solche Furcht einzuflößen vermag, daß sie die kleine kommunistische Partei für ungesetzlich erklären und ihre Führer aburteilen lassen. Was könnte den Grad der Zersetzung der kapitalistischen Wirtschaft besser demonstrieren als die Tatsache, daß diejenigen, die sich noch heute gern als die Hüter der großen Ideen Lincolns ausgeben, einen seiner

Grundgedanken zum Verbrechen stempeln? Am 12. Januar 1948 erklärte Abraham Lincoln im amerikanischen Repräsentantenhaus:

„Jedes Volk irgendwo in der Welt hat, wenn es so will und wenn es die Macht dazu besitzt, das Recht, sich zu erheben, die bestehende Regierung abzuschütteln und eine neue zu wählen, die ihm besser gefällt. Das ist ein höchst wertvolles, ja ein heiliges Recht — ein Recht, von dem wir hoffen und glauben, daß es die Welt befreien wird.“

Dieses heiligste Recht des Volkes, das Recht auf die Revolution, das die Kommunisten der untergehenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung gegenüber vertreten, ist mit dem Urteil gegen die elf kommunistischen Führer bereits als Gedanke ein Verbrechen. So wird Lincoln von den amerikanischen Trustherren, die heute sein Land regieren, nach mehr als hundert Jahren zum Verbreiter „verbrecherischer Ideen“ und zum Organisator „unamerikanischer Umtriebe“ gemacht.

Die Machthaber der USA sind nicht die ersten, die die Idee des Kommunismus vernichten wollen. Das haben schon der Zar, Metternich, Bismarck, Hitler, Mussolini und Tschiangkaiksch versucht. Die kommunistische Idee hat alle jene überdauert, die ausgenutzten, sie zu zerstören. Sie wird sich stärker erweisen als die amerikanischen Milliardäre. J. Sch.

„Der Marshallplan, ein Fiasko“

Prof. Baades offene Worte vor dem ERP-Ausschuß des Bundestages

Bonn. (SID) „Der Marshallplan ist, was die Frage des wirtschaftlichen Aufbaus Europas angeht, ein Fiasko“, erklärte Prof. Baade (SPD), wie wir aus Abgeordnetenkreisen erfahren, in der konstituierenden Sitzung des ERP-Ausschusses des Bundestages.

Baade fuhr fort: „Ich freue mich, daß mein Skeptizismus heute auch von dem deutschen Vertreter in der Marshallplan-Organisation geteilt wird.“ Dieser, Dr. Günter Kaiser, (SPD) habe sich dahingehend geäußert, der Marshallplan sei kein irgendwie langfristiger oder ernstzunehmender Aufbauplan. Baade stimmte dieser Auffassung vollinhaltlich zu und betonte, der Marshallplan sei festgefahren. Er habe sich in den letzten Monaten sehr oft gefragt, ob wir Deutsche uns die Teilnahme

am Marshallplan noch leisten können. Unter keinen Umständen dürfe die „Bundesrepublik Deutschland“ in der OEEC als Rechtsnachfolger der Militärgouverneure auftreten. Ueber diese Frage soll, wie der Vertreter des nicht anwesenden ERP-Ministers, Vizekanzler Dr. Blücher, erklärte, mit den Hohen Kommissaren noch eine Aussprache stattfinden. Es sei zu erwägen, „ob die Bundesrepublik einen Neubeitritt des Bundes erreichen soll“. Der Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Pünder, trat der Auffassung von Prof. Baade zwar nicht entgegen, er glaube aber feststellen zu müssen, der Marshallplan habe uns mehr eingebracht, als er uns gekostet habe. Demgegenüber betonte Dr. Seelos (BP), „es müsse im deutschen Volk eine Korrektur der Auffassung erreicht werden, daß der Marshallplan ein Segen sei“.

Wahlniederlage der Reaktion in Hamburg

Absage an Rechtsparteien

In den Bürgerschaftswahlen, die am Sonntag, dem 16. Oktober, in Hamburg stattfanden, wurde eine Hamburger Rechtsregierung verhindert, der Vaterstädtische Bund und die Deutsche Partei verloren 75 000 Stimmen, während die Sozialdemokratische Partei trotz Stimmenverlust ihre absolute Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft erhalten konnte. 59 000 Hamburger wählten trotz Hetze und Verleumdung kommunistisch. Eine überaus niedrige Wahlbeteiligung von nur 60 Prozent zeigt das Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber parlamentarischen Entscheidungen unter kolonialen Bedingungen.

In einer Erklärung des Landesvorstandes der KPD heißt es, daß der Stimmverlust der Deutschen Partei, sowie der im Vaterstädtischen Bund organisierten CDU und FDP eine Absage der Hamburger an den Bonner Rechtskurs darstelle. „Die Wahlen des 16. Oktober“, so erklärt der Landesvorstand der KPD, „veränderten das Ergebnis des 14. August, das zum ersten Male in der Geschichte Hamburgs, den Verlust der SPD/KPD-Mehrheit gebracht hatte. Das Wahlergebnis zeige, daß die Hamburger Bevölkerung diese Wahlen dazu benutzt hatte, diese Fehlentscheidung vom 14. August zu korrigieren.“

Der Landesvorstand der KPD Hamburgs stellte weiterhin fest, daß alle Parteien einen Stimmenrückgang zu verzeichnen hätten. Der Stimmenrückgang der KPD sei darauf zurückzuführen, daß es der KPD nicht gelungen sei, die Arbeiterschaft zum Mittelpunkt einer nationalen Front zu entwickeln. Obwohl die KPD diesen Wahlkampf auf der Grundlage der nationalen Belange des deutschen Volkes geführt habe, und konsequent und aufrecht für ein demokratisches Hamburg in einem einheitlichen Deutschland eingetreten sei, habe die SPD auf Grund eines reaktionären Wahlsystems viele Stimmen erhalten, die ansonsten der KPD zugeflossen wären.

Adenauer will die Mieten erhöhen

günstig zu werden verspricht, soll der Mietpreis erhöht werden.

Die Neufestsetzung der Mieten nach dem Nutzungswert kündigte der Vizekanzler Blücher an. Untragbar sei es, daß die einen monatlich nur 35 DM Miete für eine Vierzimmerwohnung zu zahlen hätten, andere dagegen 80 bis 90 DM.

Damit hat der neue Bundesminister Blücher klar und deutlich umrissen, was Dr. Adenauer schon in seiner Regierungserklärung anführte:

„Wir werden weiterhin dazu übergehen, durch entsprechende, in vorsichtiger, nicht überstürzter Weise durchgeführte Lockerungsvorschriften der Raumbewirtschaftung und der Mietfestsetzung das Privatkapital für den Bau von Wohnungen wieder zu interessieren.“

Auch Minister Blücher will, daß die Erhöhung der Altmieten vorwiegend die Rentabilität des Grundbesitzes wiederherstellen soll. Außerdem soll durch die höheren Mieten der Neubau von Wohnungen finanziert werden.

Es ist das alte Rezept der Reaktion: die Lasten des Krieges und die Wiederherstellung des durch den Krieg zerstörten Wohnraumes sollen auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden, denn nur diese ist es ja, die noch in den alten Häusern, mit den niedrigen Mieten wohnt. Der Arbeiter soll nicht mehr wie bisher 30 bis 40 DM monatliche Miete bezahlen, sondern 80 bis 90 DM, und das hauptsächlich darum, damit der Grundbesitz wieder rentabel wird. Die Herren vom Industrie- und Bankkapital, die durch Spekulationen und Ausbeutung der Arbeiterschaft sich neben ihren Wohnpalästen noch blockweise Mietshäuser zulegen konnten, und die rücksichtslos die Zahlung der Mieten einklagten, und mit Hilfe der Polizei arbeitslose oder invalide Mieter, wenn sie mit der Zahlung im Rückstand blieben, auf die Straße setzten. Diesen Herren bringt die Vermietung von Wohnraum zur Zeit nicht genug ein, und weil die Nachfrage nach Wohnungen so groß ist, daß das Geschäft besonders

Dr. Adenauers „Lockerungsvorschriften für die Raumbewirtschaftung“ werden schon dafür Sorge tragen, daß diejenigen, welche die um eventuell 100 Prozent erhöhte Miete nicht zahlen können, aus den Wohnungen herausgesetzt werden.

So sehen also die Pläne der Millionärregierung zur Förderung des Wohnbaus aus. Diese reaktionäre Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach dem Rezept Dr. Adenauers und seines Kabinetts muß von Anfang an bekämpft werden.

Der Wohnungsbau muß mit allen Mitteln gefördert werden, aber nicht auf Kosten der Werktätigen. Die Freigabe der Mietpreise bedeutet bei dem augenblicklichen Wohnungsmangel eine unvorstellbare Verelendung breiter Schichten der minderbemittelten Bevölkerung. Die „Stuttgarter Zeitung“ vom 11. Oktober 1949 berichtet:

„Professor Dr. Mößner vom niedersächsischen Aufbaumministerium sagte in Mainz auf der Schlußsitzung der Tagung des Verbandes Südwestdeutscher Wohnungsunternehmen zu dieser Frage, die Freigabe der Mietpreise für Neubauten würde den „Sprung in das Chaos bedeuten“.

Die bisherigen Versuche zur Erhöhung des Mietzinses durch Wohnraumsteuer, Wohnbaubgabe u. a. sind nur kleine Verbrechen an der Lebenshaltung der Werktätigen, gemessen an dem Raubbau, den die Regierung Adenauer an den Werktätigen vor hat.

Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaft bringt in den „Mittellungen“ vom 1. Oktober 1949 den Nachweis, daß der Anteil des Wohnaufwandes seit 1928 ständig gestiegen ist. Das Blatt schreibt:

In der Vorkriegszeit betrug der Mietanteil an den Gesamtlebenshaltungskosten nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, 20 Prozent, sondern nur 10 Prozent. Betrachtet man (nur) die leidlich intakten Wohnungen, so erhöht sich der Mietanteil am Gesamtaufwand heute auf etwas mehr als 10 Prozent. Berücksichtigt man nicht nur die Miete, sondern auch den der Verteuerung unterliegenden Teil des Wohnaufwandes (Heizung und Beleuchtung, Instandhaltung und Reinigung der Wohnung) so er-

geben sich im Vergleich zur Vorkriegszeit folgende Relationen: 1928 14 Prozent; März 1949 19,1 Prozent“.

„Vier Millionen Wohnungen müssen in Westdeutschland gebaut werden, wenn jeder Deutsche anständig und menschlich wohnen will“ heißt es in dem Wohnungsbauprogramm der KPD. Wer aber soll den Wohnungsbau bezahlen? Dr. Adenauer will, daß die Werktätigen den Wohnungsbau bezahlen sollen. Die Werktätigen aber werden sich dafür einsetzen, daß der Wohnungsbau finanziert wird, wie schon das Wohnungsbauprogramm der KPD vorschlägt, von den Nutznießern des Kriegs- und Nachkriegsregimes, aus den Kriegsgewinnen der Millionäre und durch Herabsetzung der Besatzungskosten.

Notwendiger denn je ist der Kampf der organisierten Arbeiterschaft für höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen. Nur die Erhöhung der Löhne gibt dem Werktätigen den notwendigen Lebensstandard wieder. Jede Preiserhöhung muß mit einer Lohnforderung beantwortet werden. H. H.

Kleine Anekdoten von großen Leuten

Fürstliche Geschenke

D'Annunzio trug eine Zeitlang goldene Ringe mit riesigen blauen Steinen. Kam nun ein Journalist, um ihn in seiner Villa in Gardone zu interviewen, so konnte es nicht ausbleiben, daß der Blick des Besuchers auf den funkelnden Ring fiel. D'Annunzio bemerkte den Blick und fragte: „Gefällt Ihnen der Ring? Selbstredend nickte der Reporter, und der Dichter zog mit großartiger Geste das Juwel vom Finger: „Ich schenke Ihnen das Schmuckstück.“ — Der Presemann erstarb beinahe vor Dankbarkeit. Jeder dieser Ringe kostete fünfzig Centimes. D'Annunzio verschenkte hunderte davon.

Poesie und Prosa

Jean Cocteau besuchte eine Dame und fragte: „Nun, Madame, wie hat Ihnen mein Gedichtbändchen „Plain-Chant“ gefallen, das ich Ihnen kürzlich zusandte?“ „Oh! Großartig! Herzlichen Dank! Ich habe selten so köstliche Lyrik gelesen! Täglich habe ich darin geblättert! Wo habe ich es nur gleich hingelegt?“ — Da mischt sich das sechsjährige Söhnchen der Dame ein: „Mama, ich weiß es, Gleich, es der Briefträger brachte, hast Du es unter

Kabinett Adenauer realisiert USA-Vorschläge

Die Rückkehr zur Konkurrenzwirtschaft und damit zu den „normalen Wegen des Handels“ werde Deutschland besondere Vorteile bieten, heißt es in einer längeren Erklärung des Bundeswirtschaftsministeriums zum „Liberalisierungsprogramm des Außenhandels“. Die Bundesregierung sei sich bewußt, daß dieses Programm von allen Ländern „Konzessionen und Opfer fordert“. Das Kabinett hat auf Vorschlag des Ernährungs- und des Wirtschaftsministers „die Genehmigung zu einem freien Warenimport innerhalb des Programms zur Befreiung des innereuropäischen Handels erteilt“. Dieses Programm geht zurück auf einen Beschluß der Organisation für Europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC), die die Vorschläge der USA-Vertreter in diesem Ausschub im wesentlichen akzeptierte. Das „deutsche“ Programm enthält eine Zusammenstellung über freizugebende Waren, die in drei Listen aufgeführt werden. Der Wert der freizugebenden Einfuhr beträgt rund 519,5 Millionen US-Dollar. Die erste Gruppe enthält Waren, deren Einfuhr regelmäßig unbeschränkt gestattet werden soll. Ihr Wert wird mit jährlich 255,9 Millionen Dollar angenommen. Die Liste wird nach der Ueberreichung in Paris bekannt gemacht werden. In der zweiten Liste werden Waren aufgeführt, bei denen gegenüber allen Teilnehmerstaaten die Einfuhr nur bis zur Höhe eines in Paris noch zu vereinbarenden Global-Kontingents freigegeben wird. Es wird deutscherseits mit einem Jahresimport von 151 Millionen Dollar gerechnet. In der dritten Liste, die den deutschen Vertretern in Paris als Verhandlungsgrundlage dienen sollen, werden Waren aufgeführt, die nach Erhalt von Gegenkonzessionen gegenüber den dazu bereiteten Ländern in einem Jahresbetrag von 112,6 Millionen Dollar freigegeben werden.

Streikwelle in den USA ungebrochen

Der Stahlarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten von Nordamerika geht mit unverminderter Heftigkeit weiter. Der Präsident der USA - Bergarbeitergewerkschaft Lewis hat einen Appell an den Gewerkschaftsverband AFL gerichtet, damit dieser gemeinsam mit den Bergarbeitern wöchentlich 2,5 Millionen Dollar zur Unterstützung der streikenden Stahlarbeiter des CIO-Verbandes aufbringen solle. Lewis bezeichnete bei dieser Gelegenheit den Angriff der großen Konzerne Dupont und Mellon, der gesamten Stahlgesellschaften als einen „ungeheuren und barbarischen Angriff gegen die Interessen der Stahlarbeiter“.

Der bereits vier Wochen dauernde Streik der Stahlarbeiter soll damit geschwächt werden, daß von Regierungsseite erklärt wird, durch ihn stehe die Wohlfahrt der Nation auf dem Spiel und würden fünf Millionen Menschen um ihre Arbeitsplätze gebracht. Die Sprecher der USA-Regierung stellen die Dinge auf den Kopf. Millionen Arbeiter in der USA sind in ihrer Existenz bedroht, weil die Stahlmagnaten nicht um einen Jota von ihren hohen Profiten herunter wollen.

Wissen und Tat

Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur. Herausgeber: Parteivorstand der KPD. Redakteur: Alfred Drögemüller. — Preis: 50 Pfennig, für Mitglieder der KPD bei Vertrieb durch die Parteiorganisationen Preis 25 Pfennig.

Aus dem Inhalt der Nummer 7:

- Max Reimann: Zum fünften Jahrestag des Todes Ernst Thälmanns
 - Franz Dahlem: Lebendiger proletarischer Internationalismus
 - Alfred Drögemüller: Ueber die Bedeutung der nationalen Frage
 - Willi Mohr: Westdeutsche Agrar- und Ernährungspolitik im Zeichen des Marshall-Planes
 - Albert Stasch: Schwankende Währungen, abgleitende Konjunkturen
 - Helmut Friedrich: Bergbauneuordnung durch Wehrwirtschaftsführer
 - Wirtschaftsspiegel: Monatsbericht der Bank deutscher Länder
- Zu beziehen durch alle Parteiorganisationen und durch den Buchhandel.
- „Wissen und Tat“ ist die einzige Zeitschrift des wissenschaftlichen Sozialismus in den Westzonen. Sie gehört daher in die Hand eines jeden Funktionärs der Arbeiterklasse und eines jeden fortschrittlich denkenden Menschen.

den Küchentlich geschoben, damit er nicht mehr so wackelt!“

Wette um ein Autogramm

Gustav Freytag war dafür bekannt, daß es unmöglich sei, von ihm ein Autogramm zu erhalten. Doch einmal bot in einem Sammlerverein ein neuengetretenes Mitglied eine Wette an, daß er in der nächsten Sitzung ein an ihn gerichtetes Schreiben Gustav Freytags mit dessen Unterschrift vorlegen werde. Die Vereinsbrüder nahmen die Wette an, aber zu ihrem Erstaunen brachte der Neuling wirklich einen Brief des Dichters. Er lautete: „Sehr geehrter Herr... Ihr Vorschlag, meine Werke ins Spanische zu übersetzen, beschäftigt mich lebhaft. Ich bitte um nähere Mitteilung. Hochachtungsvoll Gustav Freytag.“

Der ungünstige Freiheitskämpfer

Die zweite, niemals vollzogene Ehe des großen italienischen Freiheitskämpfers Garibaldi wurde gerichtlich für ungültig erklärt. In der vorausgegangenen Verhandlung schloß Garibaldi temperamentvoller Anwalt seine Rede mit dem erstaunlichen Satz: „Giuseppe Garibaldi entwich aus dem Brautgemach mit dem gleichen Ungestüm, mit dem er so oft gegen die feindlichen Heere angestürmt war!“

Frederic Chopin

Zum 100. Todestag des großen Komponisten am 17. Oktober

Frédéric Chopin kam am 22. Februar 1810 in Zelazowa Wola bei Warschau zur Welt. 1787 war sein Vater, Nicolai Chopin, Professor der französischen Sprache, aus Frankreich in Polen eingewandert und hatte 1806 die aus einer verarmten Adelsfamilie stammende Justine Krzyzanowska geheiratet. Französische Lebendigkeit und polnische Melancholie legten also gleichermaßen ihr Erbgut in den jungen Chopin. Da seine Familie bald nach Warschau übersiedelt war, konnte er bereits als Achtjähriger anlässlich eines Wohltätigkeitsfestes in einem Konzert auftreten. Mit zwölf Jahren war Chopin so weit, daß sein Lehrer Zywny sich weigerte, den Unterricht fortzusetzen und behauptete: „Chopin übertrifft jeden Lehrer und wird sie eines Tages alle in die Tasche stecken.“ Als Fünfzehnjähriger schrieb Chopin sein erstes Werk, das Rondo in c-moll. Vor dem Kaiser Alexander I. mußte der Künstler eigene Kompositionen vorspielen, wofür ihm der Kaiser einen Diamantring schenkte, den Chopin bis zu seinem Tode trug. Doch konnte diese Begegnung Chopins Patriotismus und sein Nationalgefühl für das polnische Volk nicht auslöschen.

Das größte Ereignis seiner Jugend war für Chopin die Reise nach Berlin, von der er sich viele Bekanntschaften und Verbindungen erhoffte. Zwar sah er Zelter, Spontini und andere bedeutende Musiker in Berlin, aber enttäuscht schrieb er nach Hause: „Ich habe keinen dieser Herren gesprochen, da ich es nicht für schicklich hielt, mich ihnen selber vorzustellen.“

Glücklicher war seine Reise nach Wien im Jahre 1829, wo ihm viele Empfehlungsbriefe Tür und Tor öffneten. Zwei aufsehenerregende Konzerte machten ihn trotz des Vorhandenseins vieler musikalischer Kapazitäten schnell bekannt. Aber zurückgekehrt aus Wien litt es Chopin nicht mehr in seiner Heimat. Er wollte die Welt gewinnen und zog deshalb nach Paris, das damals den Mittelpunkt der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Welt bildete.

Paris war auch der Sammelpunkt der großen Musiker Europas: Berlioz, Meyerbeer, Rossini und Liszt lebten dort. Als Chopin nach Paris aufbrach, überreichten ihm seine polnischen Freunde einen silbernen Pokal, gefüllt mit helmatlicher Erde und mahnten den Künstler: „Gedenke Polens, gedenke deiner Freunde, die dich mit Stolz ihren Landsmann nennen, und Großes von dir erwarten, deren Wünsche und Gebete dich begleiten.“

In dieser Zeit trat die Frau in Chopins Leben, die später für den Musiker eine große Rolle spielen sollte: George Sand, die eigentlich Aurore Dupin hieß, zu jener Zeit 33 Jahre alt war und einen berühmten Namen als Schriftstellerin hatte. Ihre Liebesgeschichten gehörten zu den Pariser Tagesgesprächen. Länger als zehn Jahre sollte sie auf Chopin bezwingenden Einfluß ausüben. Chopin war mit tiefer Liebe zu George Sand erfüllt, und auch sie hatte wenigstens in den ersten Jahren, eine starke Neigung zu ihm. Aber 1847 war die innerliche Trennung zwischen beiden doch so weit, daß die lebensvolle Frau nur nach einem Vorwand suchte, um mit Chopin völlig zu brechen.

1848 reiste Chopin nach England, wo er der Königin Viktoria vorgestellt wurde. Anwesend waren die ganze königliche Familie, der damalige Prinz Wilhelm von Preußen, unter anderem auch Wellington. Er zog durch das ganze Land gab hier und da ein

Konzert und schließlich fand man ihn in Schottland, von wo aus er nach Hause schrieb: „Ich schlepe mich von einem Lord zum anderen, von einem Herzog zum anderen. Überall finde ich... vorzügliche Klaviere, schöne Bilder, ausgesuchte Bibliotheken; auch gibt es Jagden, Pferde, Hunde, endlose Diners und Weinkeller, was mich alles wenig angeht...“ — Bis zum Januar 1849 hielt er es in England aus, aber immer wieder meldet sich die Sehnsucht nach Paris. Unmittelbar vor seiner Abreise schreibt er: „Ein Tag länger hier, und ich werde verückt oder sterbe.“

Das letzte Jahr seines Lebens brachte Chopin gehäufte Leiden aller Art. Er wurde sehr krank und konnte nicht mehr spielen, Einnahmen und Ersparnisse hatte er nicht. Er wäre in Not geraten, wenn die alten Freunde sich seiner nicht angenommen hätten. Man sammelte für ihn, und hohe Summen kamen zusammen. Chopin nahm nur einen Teil an. Er war gleichgültig geworden gegen das Leben. Und im letzten Brief an die Seinigen in Polen schrieb er: „Meine Geliebten! Wenn Ihr es könnt, dann kommt — ich bin krank, und kein Arzt wird mir helfen, wie Ihr...“

So fragte Herrn K. die kleine Tochter seiner Wirtin, „wären sie dann netter zu den kleinen Fischen?“

„Sicher“, sagte er, „Wenn die Haifische Menschen wären, würden sie im Meer für die kleinen Fische gewaltige Kästen bauen lassen, mit allerhand Nahrung drin, sowohl Pflanzen als auch Tierzeug. Sie würden dafür sorgen, daß die Kästen immer frisches Wasser hätten, und sie würden überhaupt allerhand sanitäre Maßnahmen treffen. Wenn zum Beispiel ein Fischlein sich die Flosse verletzt würde, dann würde ihm sogleich ein Verband gemacht, damit es den Haifischen nicht wegstürbe vor der Zeit. Damit die Fischlein nicht trübsinnig würden, gäbe es ab und zu große Wasserfesten; denn lustige Fischlein schmecken besser als trübsinnige. Es gäbe natürlich auch Schulen in den großen Kästen. In diesen Schulen würden die Fischlein lernen, wie man in den Rachen der Haifische schwimmt. Sie würden zum Beispiel Geographie brauchen, damit sie die großen Haifische, die faul irgendwo liegen, finden könnten.“

Die Hauptsache wäre natürlich die moralische Ausbildung der Fischlein. Sie würden unterrichtet werden, daß es das Größte und Schönste sei, wenn ein Fischlein sich freudig aufopfert, und daß sie alle an die Haifische glauben müßten, vor allem, wenn sie sagten, sie würden für eine schöne Zukunft sorgen. Man würde den Fischlein beibringen, daß diese Zukunft nur gesichert sei, wenn sie Gehorsam lernten. Vor allen niedrigen, materialistischen und egoistischen Neigungen müßten sich die Fischlein hüten und es sofort den Haifischen

Bis kurz vor seinem Tode erhielt er noch den Besuch vieler Freunde. Ein kleiner Hoffnungsstrahl ward in ihm lebendig. Er fühlte sich besser und hoffte, den Winter im Süden zubringen zu können. Es war eine Täuschung. Noch einmal erschien die Gräfin Delphine Potocka, die Chopin ein kurzes Liebesglück verdankte, und sang auf seine Bitten mehrere Lieder — es war die letzte Musik, die er hörte. Dann schrieb er auf einem Zettel den Wunsch nieder, daß sein Herz nach Polen gebracht werden möge. In der Nacht zum 17. Oktober 1849 nahm ihn der Tod in seine Arme.

Bei der Trauerfeier in der Madeleine-Kirche war eine ungeheure Menschenmenge. Berühmte Sänginnen und das Orchester des Konservatoriums trugen Mozarts Requiem vor. Dann folgte Chopins Trauermarsch aus der b-Moll-Sonate und die Préludes Nr 4 und 6. Als der Sarg in das Grab gesenkt wurde entleerten die Freunde den Becher mit polnischer Erde, den Chopin einst beim Abschied von Warschau empfangen hatte. Auf dem Père Lachaise hat Chopin in unmittelbarer Nähe von Bellini, Cherubini, Boieldieu, Grétry die letzte Ruhe gefunden. Sein Herz wurde nach Polen gebracht, wo es in der Heiligkreuzkirche in Warschau unter seinem Gedenkstein beigesetzt ist.

Volks-Echo Detmold

Wenn Haie Menschen wären?

Von Bert Brecht

melden, wenn eines von ihnen eine solche Neigung verriete. Wenn die Haifische Menschen wären, würden sie natürlich auch untereinander Krieg führen, um fremde Fischkästen und fremde Fischlein zu erobern. Die Kriege würden sie von ihren eigenen Fischlein führen lassen. Sie würden die Fischlein lehren, daß zwischen ihnen und den Fischlein der anderen Haifische ein riesiger Unterschied bestehe. Die Fischlein, würden sie verkünden, sind bekanntlich stumm, aber sie schweigen in ganz verschiedenen Sprachen und können einander

Romain Rolland über Gandhi

Am 2. Oktober 1949 wäre Gandhi 80 Jahre alt geworden. Der Ausspruch des großen französischen Dichters über Gandhi charakterisiert gut dessen Stellung.

Ein kleiner, zerbrechlicher Mann mit ruhigen braunen Augen, magerem Gesicht und großen, abstehenden Ohren. Sein Körper verhüllte ein großes weißes Tuch. Er geht immer barfuß, ist nur Reiz und Obst und trinkt nur Wasser. Er schläft immer auf dem Fußboden und ist gegen sich am strengsten. Er ist immer höflich, selbst seinen Feinden gegenüber; es scheint, als wenn er der Auffassung wäre: „Ich kann mich auch irren.“ Das Volk, das ihn vergöttert, bereitet ihm Sorgen und Kummer. Im Grunde genommen fürchtet er sich vor der Masse und fühlt sich nur wohl in der kleinen Schar seiner ausgewählten Jünger.

Sowjetische Traktoren arbeiten für eine deutsche Friedensernte

Wir hörten ihn schon, als wir aus Neurüdnitz herausfahren. Ein tiefer, kraftvoller Ton erfüllte die milde Herbstluft über dem schweren Bruchland hier an der Oder. Dann sahen wir seine Arbeit. Glatt und sauber war die Saatfurche auf dem Schlag. Vor einem Jahr wucherten hier noch mannshoch die Disteln. 160 Hektar besten Bruchbodens lagen seit dem Kriege brach. „Im Vorjahr versuchten wir mit allen Bulldozern unserer Station, den Boden sauber zu bekommen. Die Disteln waren nicht das Schlimmste. Das Land war völlig verreckt, und darunter lag ein Geflecht von daunenartigen Wurzeln der wilden Weide. Unsere alten Bulldozers waren dagegen machtlos. Erst nachdem die Stalingrader kamen, hat sich das Blatt gewendet“, sagte der junge Akronom der MAS.

Sechs Raubenschepper vom Typ STS I TA aus dem Stalingrader Traktorenwerk führen nach der Frühjahrsbestellung von Alt-Ranft hinein in den Polter. Bis zur Ernte waren sie dreimal mit schweren Pflügen und Scheibebegern über das Land gegangen, dann waren die Disteln verschwunden und die Quecke und die wilde Weide besiegt. Heute düngen ihre Reste nurmehr den Boden, der schon im nächsten Jahr eine Friedensernte bringen wird.

Der Schlepper ist schon ganz nahe. Das tiefe Dröhnen des robusten 45-PS-Petroleum-Motors wird jetzt untermal von dem hellen metallenen Rhythmus der treibenden Ketten. Rund 100 reine Arbeitsstunden lief die Raupe im September auf dem Acker. Nicht die kleinste Reparatur war nötig. „Wenn ich es könnte“, sagt der Brigadeführer, „ich würde jedem von meinen sechs Stalingrader Traktoren das Aktivistenzeichen verleihen; verdient hätten sie es jeder hundertfach.“

Vom Traktor acht der MAS Rhefelde sahen wir in der Station zuerst die Leistungsgraphik. Er ist einer der Radschepper vom Typ Universal II, den die Maschinen-Ausleihstation neben solchen vom Typ KD 35 aus der Sowjetunion erhielt. Für acht Stunden beträgt die Norm 3,8 Hektar, geschafft wurden während der Ernte im Durchschnitt 4,3 Hektar.

Wir treffen den UNI II auf einem Acker bei der Neubausiedlung Rhefelde. Er pflügt dort Saatfurchen. Die 1,7 Hektar, die er gerade bearbeitet, sind bis auf ein kleines Stück bereits fertig. Früh um 8 Uhr kam er auf das Feld, jetzt ist es erst Mittag. Der Neubauer, Franz Röhrder, dem der Acker gehört, ist mit diesem Ergebnis ebenso zufrieden, wie der Traktorist, Günter Wiedemann, mit der Leistung seines UNI. Der Neubauer meint: „Der Trecker läuft wie ein Uhrwerk. Das einzige, was ihn hemmt, ist die ungünstige Lage der einzel-

nen Felder. Wir müssen durch einen günstigen Anbauplan mithelfen, die Flächen so zu legen, daß ein möglichst großes Stück in einem Zug bearbeitet werden kann. Eines ist schon sicher: das wir Dank der leistungsfähigen Traktoren im nächsten Jahr Friedenserträge von unserem Acker einbringen werden. Aber wir müssen noch weiter kommen: die Erträge müssen höher werden, als sie jemals auf diesem Boden waren.“

In Klosterfelde, das vor seiner Säkularisierung wirklich das Feld eines Klosters war, pflügt der Traktorist, Karl Bose, von der MAS, Brötzel, mit einem Raupenschepper vom Typ KD 35 die Saatfurche. „Jetzt holen die Neubauern nach und nach die Steine aus dem Acker, und machen das Land sauber — eine Arbeit, die der Guts-herrschaft früher zu kostspielig war. Sie hatte es auch nicht nötig, denn sie besaß genug besseres Land und brauchte sich um die paar hundert Hektar hier nicht zu kümmern. Erst die Neubauern tun das, und sie haben es verstanden, die Erträge, die unter den Gutsherren hier erreicht wurden, schon weit zu übertreffen. Und das soll im nächsten Jahr noch viel besser werden. Im August mußten 80 Hektar gemäht und geschält werden. Bei den hügeligen Feldern hier keine Kleinigkeit. Der KD 35 hat alles allein geschafft, wofür sonst auch in günstigeren Jahren, wo die Ernte nicht so spät begann wie diesmal, zwei Bulldogge nötig waren.“

Der Trecker, es ist eine mittelschwere wendige Raupe, steht derweilen mit abgestelltem Motor. Bose prüft rasch die Laufkette durch.

„Reparaturen“ fragen wir. Bose wird fast unfreundlich: „Was für Reparaturen? Er lief im August 330 Stunden, die An- und Abfahrten eingerechnet, ohne einen einzigen Tag auszufallen. Er ist der beste Trecker, den ich jemals gefahren habe. Sorgfältige Wartung und Pflege ist das einzige, was er braucht. Bis hier einmal Reparaturen nötig sind, hat es noch lange Weile.“ Bose läßt die Anlaßkupplung los, dreimal dreht der schwere Diesel durch, dann kommt er und läuft sauber im Rhythmus der Zündung. Bose ist wieder auf seinen Sitz geklettert.

„Knorke?“ — schreit er uns zu. Knorke, spielend zieht der Traktor den Dreischarpflug den Hügel hinauf.

Der Kampf um den Frieden braucht Helden Die Sache des Friedens ist nichts für Memmen!... Soll der Friede von Dauer sein, so muß er von tapferen Menschen getragen werden, von Menschen, die um nichts

Akindas Mutter starb vor Gram

Eine Geschichte aus Indonesien Von Multatuli

Die Frauen aus Badur kamen aus ihren Häusern und sahen bekümmert den armen Saidjah, denn sie erkannten ihn und begriffen, daß er Akindas Haus suchte, und sie wußten, daß Akindas Haus nicht mehr im Dorfe Badur stand. Denn als der Distrikthauptling von Parang-Kudjank Akindas Vater den Büffel weggenommen hatte, da starb Akindas Mutter vor Gram. Und ihr jüngstes Schwesterchen starb, weil nun die Mutter fehlte, die es säugte. Und Akindas Vater, der die Strafe fürchtete, wenn er seine Landrenten nicht bezahlte, war aus dem Lande fortgezogen. Er nahm Akinda und Brüderchen mit. — — —

Der verwirrte Saidjah verstand nicht recht, was man ihm sagte. Aber er war nicht von Sinnen... Er stand eines Nachts, als der Mond heller schien, von seinem Lager auf, verließ leise das Haus und suchte die Stelle, wo Akinda gewohnt hatte. Sie war nicht leicht zu finden, weil so viele Häuser eingestürzt waren. Ja, hier mußte es sein... hier hatte Akinda gewohnt!

Über halbverfallenen Bambus und Teile des eingestürzten Daches strauchelnd,

bathte er sich einen Weg nach dem Heilig-tum, das er suchte. Und wirklich er fand noch etwas von der Bambuswand, neben der Akindas Lagerstatt stand, und in dieser Wand steckte sogar noch der Bambushaken, an den sie ihr Kleid hing, wenn sie sich schlafen legte... Aber die Lagerstatt war, wie das Haus, eingestürzt und fast zu Staub verfallen. Er nahm eine Handvoll davon, drückte sie an seine Lippen und atmete tief.

Dann verließ er Badur. In Tjilang-Kahan kaufte er eine Fischerprau und segelte damit nach Lampong, wo sich die Aufständischen gegen die niederländische Herrschaft erhoben. Er schloß sich einer Schar Männern aus Bantam an. Eines Tages, als die Aufständischen erneut geschlagen waren, irrte er durch ein Dorf, das



gerade von dem niederländischen Heer erobert worden war und nun in Flammen stand. Wie ein Gespenst schweifte er durch die Häuser, die noch nicht ganz ausgebrannt waren und fand Akindas Vater als Leiche mit einer Bajonettwunde in der Brust. Neben ihm sah Saidjah die drei ermordeten Brüder Akindas, Jünglinge, fast noch Kinder, und ein wenig weiter lag die Leiche Akindas, nackt, scheußlich mißhandelt.

Da ging Saidjah auf mehrere Soldaten zu, die mit gefälltem Gewehr die überlebenden Aufständischen in das Feuer der brennenden Häuser trieben. Er umfaßte die breiten Säbelbajonette, warf sich kraftvoll vorwärts und drängte noch mit einer letzten Anstrengung die Soldaten zurück, als die Klängen in seine Brust drangen.

Kurze Zeit später herrschte in Batavia großer Jubel über den neuen Sieg, der wieder viel Ruhm zu dem alten des niederländischen Heeres gefügt hatte. Und der Landvogt schrieb an das Mutterland, daß in Lampong die Ruhe wiederhergestellt wäre. Und der König der Niederlande belohnte auf Vorschlag seiner Staatsdiener wiederum so großen Heldenmut mit vielen Ehrenkreuzen.

In der Sonntagskirche und der Betstunde stiegen wahrscheinlich aus den Herzen der Frommen Dankgebete zum Himmel, als man hörte, daß der „Herr der Heerscharen“ wiederum unter dem Banner der Niederlande mitgestritten hatte.

Mir liegen Akten vor. Ich weiß mehr als das... Ich weiß und kann beweisen, daß es viele Akindas und viele Saidjahs gibt, und daß, was hier im einzelnen Dichtung, im allgemeinen Wahrheit ist. Ich sagte schon, daß ich Namen solcher Menschen nennen kann...

Bittere Wahrheit

Wenn ich die Nationen im Kriege erblicke, so ist es, als ob ich besoffene Kerle sehe, die sich im Porzellanladen mit Knüppeln herumschlagen. Denn nicht genug daß, daß sie an den Beulen lange zu heilen haben, so müssen die hinterher noch allen Schaden bezahlen, den sie anrichten. Hume

Genossenschaft erhebt Einspruch

gegen die Art der Verteilung von Bankkrediten in Mannheim

In der gut besuchten Generalversammlung der Gartenvorstadtgenossenschaft Mannheim stand neben dem Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates die Frage der Verteilung der öffentlichen Mittel für Bauzwecke zur Diskussion. Es wird als eine Ungerechtigkeit empfunden, daß bis jetzt der Löwenanteil der staatlichen Gelder der Gemeinnützigen Baugesellschaft in Mannheim zugeflossen ist, während die übrigen Genossenschaften, deren Gemeinnützigkeit nicht bestritten werden kann, zu kurz gekommen sind. Neuerdings wird die Landkreditanstalt der Stadt Mannheim wiederum 3,1 Millionen DM zur Verfügung stellen. Die Verteilung dieses Betrages ist so gedacht, daß der private Wohnungsbau 1,1 und die Gemeinnützige Baugesellschaft 2 Millionen DM erhält.

Die Stadtverwaltung wird an dieser Forderung der Gartenvorstadt-Genossenschaft ihr höhere Mittel zugestehen, nicht vorbekommen können, zumal diese ganz beachtliche Leistungen auf dem Gebiet des Wohnungsbaues aufzuweisen hat, wie sich aus den Ausführungen des Geschäftsführers ergab. Durch die Kriegsergebnisse wurden in der Gartenstadt-Waldhof 31,2 Prozent, in Almenhof 76 Prozent und in Friedrichsfeld 3,2 Prozent, insgesamt 49 Prozent des Wohnraumes zerstört, oder beschädigt, woraus ein Gebäudeschaden von insgesamt 2.895.000 Mark erwachsen ist. Neben diesem großen Schaden hat die Genossenschaft noch den Ausfall der Mieten und andere Belastungen zu tragen. Trotzdem war es möglich seit der Währungsreform in Waldhof 22 Wohnungen und im Almenhof 34 Wohnungen wieder aufzubauen bzw. bewohnbar zu machen.

Dafür mußte ein Betrag von 500.000 DM aufgebracht werden, wozu noch 220.000 DM kommen für dringende Instandsetzungsarbeiten (Dachreparaturen, Beseitigung der Mauererscheinungen usw.). Zur Herstellung einer Wohnung hat die Gartenvorstadt-Genossenschaft durchschnittlich 9.000—10.000 Mark benötigt, es handelt sich dabei vorwiegend um Dreizeimmerwohnungen zu T. um Einfamilienhäuser mit den üblichen Nebenräumen, Keller, Waschküche, Speicher usw. Die Gemeinnützige Baugesellschaft ist auch nicht in der Lage ihre Neubauwohnungen billiger zu erstellen, bei der Verteilung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau zu erstellen, die Benschließung der Gartenvorstadt-Genossenschaft nicht begründet werden kann. Gegenwärtig sind 57 Wohnungen im Bau. Die Finanzierung macht der Genossenschaft noch Schwierigkeiten, 112.000 Mark werden noch gebraucht und es ist deshalb mehr als verständlich, wenn die Gartenvorstadt-Genossenschaft nun darauf pocht, bei der Verteilung der auf Mannheim kommenden Summe von 3,1 Millionen Mark, gebührend berücksichtigt zu werden.

Schach

Schach in der Sowjetunion

In der Sowjet-Union steht das Schach in höchster Blüte. Seit Jahren wird dort dem Schachnachwuchs, den Schachmeistern, der ganzen Schachbewegung eine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Das Schach wird in der Sowjet-Union staatlich gefördert und unterstützt, die Schachspieler genießen viele Vorrechte seitens der Regierung. Die Zahl der jugendlichen Schachspieler, der schachspielenden Frauen ist im Vergleich zu unseren Verhältnissen überraschend hoch. Es ist kein Zufall, daß in den Wettkämpfen der sechs stärksten Schachspieler der Welt im letzten Jahr die Sowjet-Union allein drei zu

K. A. L. Kubbel „De Tribune“ Amsterdam 1921



stellen vermochte — die Hälfte! Es ist auch kein reiner Zufall, daß der derzeitige Welt-schachmeister ein Ruße ist, Michael Bot-winnik. Rußland stellt heute eine Reihe von Schachmeistern und Großmeistern in die Schranken, die an Zahl mindestens ebenso-groß ist wie die übrigen Schachmeister aller europäischen Länder zusammengenommen! In

der Sowjetunion werden die Schachmeister als „ausübende Künstler“ den Dichtern, Malern, Bildhauern usw. gleichgestellt. Daß eine Beilebung und Befruchtung des Kunstschachs hierzu parallel geht, nimmt nicht wunder und ist nur Wechselbeziehung; eins bedingt das andere, eins entspringt dem anderen. Die Endspielstudien eines Kubbel, Piatoiff, Troitzky brauchen einen Vergleich mit den Erzeugnissen anderer Meister beider Kontinente nicht zu scheuen — Amerika ist auf dem Gebiet des Endspieles fast gar nicht vertreten, unproduktiv!

Die gesamte Problemliteratur wurde durch glänzende Kompositionen eines M. Barulin, S. Lewmann, Umnoff, Lebedeff u. a. m. vervollständigt. Sie stehen an Tiefe der Anlage und Kühnheit der Gedanken mit an erster Stelle und haben die Liebe zum Schachproblem dort ungemein gefördert.

Das alles ist nicht gerade schmeichelhaft für uns zu lesen, ändert aber leider nichts an den Tatsachen. Zu einer Zeit, wo man in Deutschland die Schachmeister darben ließ, wo Akiba Rubinstein, Simon Alapin, Curt von Bardeleben u. a. m. sich in ihren alten Tagen mühsam durch Kaffeehaus-spiel über Wasser halten oder private Wohltätigkeit in Anspruch nehmen mußten, warf der Staat andererseits Millionen an „Subventionen“ und unkontrollierbaren „Stützungsaktionen“ an nicht gerade „Bedürftige“ aus. Man ließ hierzulande die Schachmeister hungern...

Wenn wir heute einen kleinen Querschnitt durch das Schaffen eines russischen Komponisten geben wollen, so wählen wir zwei Probleme von Kubbel aus (der Verfasser ist während des zweiten Weltkrieges gestorben), einen Zweizüger im Diagramm und einen Dreizüger in Buchstaben:
K. A. L. Kubbel, „Disch. Wochenschach“ 1909
Weiß: König g2, 2 Türme f2, f3, 2 Bauern: g3, g4
Schwarz: König h3, 2 Bauern, c4, g6 (f3 Steine).
Weiß zieht an und setzt in drei Zügen matt. Wir hoffen, daß unsere Leser durch das Diagrammproblem angenehm überrascht werden. Auch der Dreier ist ein echtes Schachrätsel. Vielleicht empfinden Sie gar den Zweier schwerer als den Dreizüger?
E. Ramin, Stuttgart.

Firmen die unsere Leser als Kunden schätzen!

NATIONALTHEATER MANNHEIM

Spielplan vom 22. Oktober bis 31. Oktober 1949

Samstag, 22. Oktober, Miete H Nr. 3: „Die Bohème“, Oper von G. Puccini. Anfang 20 Uhr, Ende etwa 22.15 Uhr.

Sonntag, 23. Oktober, Eintrittspreise 0,50-3,- DM: Morgenveranstaltung: „Hinter verschlossenen Türen“, Stück von Jean-Paul Sartre. Anfang 11 Uhr, Ende etwa 12.20 Uhr.

Sonntag, 23. Oktober, abends, Premierenmiete Nr. 4: Uraufführung in Anwesenheit des Verfassers: „Walzerzauber“, Operette von Willy Werner Göttig, Musik von Johann Strauß. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22 Uhr.

Montag, 24. Oktober, Miete D Nr. 3, Theatergemeinde und freier Verkauf: „Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand“. Dramatisiert von Joh. W. v. Goethe. Anf. 19 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Dienstag, 25. Oktober, nachm. für die Schüler höherer Lehranstalten, ohne Kartenverkauf: „Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand“. Dramatisiert von Joh. W. v. Goethe. Anfang 13.30 Uhr, Ende etwa 17 Uhr.

Dienstag, 25. Oktober, Miete G Nr. 3, abends: „Walzerzauber“, Operette von Willy Werner Göttig, Musik von Johann Strauß. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Mittwoch, 26. Oktober, Miete-M Nr. 3: „Tannhäuser“, Oper von Richard Wagner. Anfang 19 Uhr, Ende etwa 22.40 Uhr.

Donnerstag, 27. Oktober, nachm. für die Schüler höherer Lehranstalten, ohne Kartenverkauf: „Geschichte Gottfriedens von Berlichingen mit der eisernen Hand“. Dramatisiert von Joh. W. v. Goethe. Anfang 13.30 Uhr, Ende etwa 17 Uhr.

Donnerstag, 27. Oktober, Miete E Nr. 3, abends: „Walzerzauber“, Operette von Willy Werner Göttig, Musik von Johann Strauß. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Freitag, 28. Oktober, Miete O Nr. 3: „Fanny“, Komödie von Marcel Pagnol. Anfang 20 Uhr, Ende etwa 22.40 Uhr.

Samstag, 29. Oktober, Miete B Nr. 4: „Die Entführung aus dem Serail“, Singspiel von W. A. Mozart. Anfang 20 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Sonntag, 30. Oktober, Eintrittspreise 0,50 bis 3,- DM, vorm.: Morgenveranstaltung, Hans Pfitzner und Richard Strauß, Leitung: Richard Laugs, Solisten: Buckup, Mendius, Musser, Nationaltheater-Orchester. Anfang 11 Uhr, Ende etwa 12 Uhr.

Sonntag, 30. Oktober, außer Miete, Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen: „Was ihr wollt“, Lustspiel von W. Shakespeare. Anfang 15 Uhr, Ende etwa 17.30 Uhr.

Sonntag, 30. Oktober, außer Miete, abends: „Im weißen Rößl“, Operette von R. Benatzky. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Montag, 31. Oktober, Miete N Nr. 4: „Walzerzauber“, Operette von Willy Werner Göttig, Musik von Joh. Strauß. Anfang 19.30 Uhr, Ende etwa 22.30 Uhr.

Film von Heute

VORANZEIGE ab Freitag

ALSTER LICHTSPIELE 0-3-6-TEL-44647	Marlene Dietrich in Das Haus der sieben Sünden Ein scharmautes Groß-Lustspiel mit einem tollen Wirbel um die unverwundliche Marlene. Beg.: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30 Uhr	Attila Hörbiger - Heiki Eiss in Gottes Engel sind überall Geschichte eines klein. Jungen, der den Weg nach Hause und zum Herzen eines großen Freundes fand
Capitol AM MESSPLATZ TEL. 54118	Paul Dahlke - Fita Benkhoff, Bruni Löbel in Krach im Hinterhaus Der unverwundliche Lach- und Krachertag, täglich 14.00, 16.30, 19.00 und 21.00 Uhr	Tyrone Power u. G. Tierney in Abenteuer in der Südsee Ein großartiger Abenteuer-Film: Exotisch, inhaltlich spannend, dramatisch und von seltener Schönheit!
PALAST BREITESTR. 116 TEL. 44635	Donnerstag letzter Tag! Das entzückende Lustspiel: Die vertauschte Braut Adolf Wohlbrück, Anny Ondra Beginn: 10.00, 11.45, 13.45, 15.45, 17.45, 20.00 Uhr	Gustav Fröhlich in dem Großlustspiel: Diese Nacht vergeht ich nie Wiederholung Sonntagvormittag 11.00 Uhr: Wir bummeln um die Welt



Nun könnte Ihr Nähkasten aber wieder ganz in Ordnung sein!

- Stopftwist 5 Knäuel **-,30**
in modischen Strumpf- u. Wäschefarben
- Obergarn 200 m Rolle **-,30**
schwarz und weiß
- Stopfwohle 3 Karten **-,10**
in allen Strumpffarben
- Leinenzwirn 20 m Kärtchen **-,10**
weiß und schwarz
- Gummilitze 1 1/2 m Kärtchen **-,10**
kochecht, in guter Qualität
- Schuhriemen 60 cm 3 Paar **-,20**
schwarz und braun
- Armlblätter Paar **-,50**
in guter Ausführung

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!

Kaufhaus KÖSTER

am Paradeplatz

„Eine Wohltat fürs Kind“!

Immer wieder loben Mütter die überraschend gute Wirkung von Klosterfrau-Aktiv-Puder. Wundsein kennen sie nicht mehr. Klosterfrau-Aktiv-Puder ist ein bedeutender Fortschritt zur Pflege der gesunden und kranken Haut. Zu DM 0,95, 1,30, 1,82 in allen Apotheken und Drogerien. (Auch auf Rezept).

Klosterfrau, Melissegeist-, Schnupfpulver- u. Puderfabrik, Köln am Rhein

Werden auch Sie Kunde

unserer neu eingerichteten

Leihbücherei

Wir sind in der Lage, alle Leserwünsche zu erfüllen. Bei Eintritt in die Bücherei wird 1 Buch gratis gegeben.

Volksbuchhandlung - S 9, 10

Vom 19. bis 31. Oktober

Räumungs-Verkauf

zu enorm herabgesetzten Preisen wegen Übernahme des Warenlogers der Fa. Kurt Engraf

Damen-, Stadt- und Reise-Taschen, Reiseartikel, Koffer, Aktentaschen, Geldbörsen, Brieftaschen u. a.

In der Filiale (nicht im Hauptgeschäft O 4, 3)

O 7, 4 - Planken (früher Fa. KURT ENGRAF)

GOLD PFEIL Lederwaren u. Stengroße eHg. Mannheim, O 6, 3 und O 7, 4

Karl Kretschmar / Steinmetzbetrieb

HÖCKENHEIM a. d. Rennstrecke Tel. 212

nimmt noch Steinmetzarbeiten in Kunststein und Naturstein in Mannheim und Umgebung entgegen.

Bestellschein

Hiermit bestelle(n) ich / wir ab Erscheinen 1. 11. 49) die **Tageszeitung**

BADISCHES VOLKSECHO

DIE ZEITUNG ALLER SCHAFFENDEN

durch Träger - Post - Abholer (Nichtzutreffendes streichen)

zum monatlichen Bezugspreis von DM **2,05**

zuzüglich Träggeld „ **0,45**

zuzüglich Porto bei Lieferung durch die Post „ **0,54**

Vor und Zuname: _____

Beruf: _____

Wohnort: _____ Straße: _____

Stadtteil: _____

Datum: _____

(Unterschrift)

(Ausschneiden und an den Verlag einsenden)

Import-Stoffe

Reinwoll. Kleiderstoffe

in allen modernen Pastellfarben
130 cm breit

Damen-Mantelstoffe

reine Wolle
hervorragende Qualitäten

Anzugstoffe

reines Kammgarn in modernen Mustern

G. Lackhoff K.G.

TEXTIL-ETAGE

IM SALAMANDER NEUBAU

MANNHEIM - AN DEN PLANKEN

Gute Weine

preiswert Liter:

1949er Rhein Hessischer Weißwein 1,85
natur

1948er Malkammerer Weißwein Rheinpfalz, natur 2,30

1948er Malkamm. Heiligenberg Weißwein, Rheinpfalz, natur 2,80

1948er Westhofener Weißwein Rheinhessen, natur 3,-

1948er Niersteiner Domtal Weißwein, Rheinhessen, natur 3,60

1948er Dirzheimer Rotwein natur 2,80

Deutscher Wermutwein
1/2 Fl. o. Gl. **2,80**

Gute Spirituosen

preiswert:

Trinkbranntwein, 32% 1/2 Fl. 5,90

Goldbranntwein, 38% 1/2 Fl. 3,70, 1/2 Fl. 6,90

Wacholder, 38% 1/2 Fl. 3,85, 1/2 Fl. 7,20

Zitronenlikör, 30% 1/2 Fl. 3,40, 1/2 Fl. 6,30

Kakao mit Nuß, 30% 1/2 Fl. 3,95, 1/2 Fl. 7,40

Weinbrand-Verschnitt, 38% 1/2 Fl. 4,60, 1/2 Fl. 8,70

Deutscher Weinbrand, 3 Stern 38% 1/2 Fl. 5,65, 1/2 Fl. 12,80

Wein-Pfeiffer

seit 1911 bekannt als gut und preiswert

G 3, 9 (Jungb., Nähe Marktpl.)
Schwetzingen Straße 27
Seckenheimer Straße 120
Rhein a u., Stengehofstr. 4

PRINTZ färbt schön ... wie neu!

Sie kaufen stets vorteilhaft bei uns!

Beachten Sie Qualitäten und Preise unserer Bettwäsche-Abteilung:

Linon 80 cm breit à Meter	DM 1,90
Linon 150 cm breit à Meter	DM 3,65
Linon 160 cm breit à Meter	DM 4,05
Kopfkissen 80/80 cm	DM 3,98
Bettuch 150/220 cm	DM 8,75
Bettbezug 130/180 cm	DM 14,65

Unser heutiges Sonderangebot:

Skihosen (Woll-Streichgarn) in allen Knabengrößen und verschiedenen Farben. Je Hose nur **DM 13,85**

Skihemden verschiedene Dessins Stück **DM 16,50**

Besuchen Sie uns. Ihr Weg macht sich bezahlt!

Webwaren ETAGE

H 1,8 BREITE STRASSE H 1,8 BREITE STRASSE

Ihr letzter Trost

Darum verlangen Sie in allen Fachgeschäften nur diese Qualität

ein Heita-Rost

Hersteller: Hch. Heitmann, Mannheim, Waldhofstr. 18, Tel. 522 65

Ein Augenglas

zur rechten Zeit erhöht die Lebensfreudigkeit

Zimmer
Ulmen-Optik am Tattersall
Kassenlieferant

Wetzer's

moderne Kleiderpflege chem. Reinigung

Mannheim, S 3, 13
Betrieb U 1, 6
Tel. 434 24

500er Triumph-Sportmasch.

mit Seitenwagen, grundüberholt u. neu bereit, für 850 DM zu verkaufen.

Helmut Segura, Mannheim, Waldhofstraße 32

Kugellager

in allen gäng. Größen

FINDLING, (7a) Ettlingen 62
Lohleiterstr. 1.

Dauerbrand-Öfen

emailiert und schwarz

Kohlenherde

hoch- und tiefgebaut

Gas- und Elektro-Herde

von **Pfeiffer**

Adolf Pfeiffer G. m. b. H. **K 1, 4**

Ludwigsburg 82, Postfach 149.

„Alte Volksfürsorge“

Gewerkschaftlich - Genossenschaftliche Lebensversicherungsaktiengesellschaft

Geschäftsstelle Mannheim, K 1, 16

Geschäftsstelle Karlsruhe, Ettlinger Straße 5a

Geschäftsstelle Pforzheim, Friedrich-Ebert-Straße 32

Geschäftsstelle Heidelberg, Riedstraße 2

Bergmann & Mahland

Optiker

Mannheim, G 2, 7

TELEPHON 440 60

Lakriment's

HUSTEN-SIRUP mit Doppelwirkung

die energische Hilfe bei Husten

erhältlich in Apotheken

Ihr Funkberater bietet Ihnen die große Auswahl der neuesten Radio-Geräte bei 20 % Anzahlung und 10 Monatsraten

RADIO-DAHMS

MANNHEIM

Billig! Billig! Billig!

Schlafzimmer

mit kleinen Farbmodellen 1 Friseurko., 2 Nachtk., 1 Schrank 180 cm **485,-** 2 Betten

Hch. Baumann & Co. Qu 5, 4 MANNHEIM Qu 5, 4